

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/204839]

24. APRIL 2023 — Dekret über Maßnahmen zur Stärkung des Wohlbefindens des Personals im Unterrichtswesen

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 2. OKTOBER 1968 ZUR FESTLEGUNG UND EINTEILUNG DER ÄMTER DER MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS, DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS SOWIE DES VERWALTUNGSPERSONALS DER STAATLICHEN EINRICHTUNGEN FÜR VOR-, PRIMAR-, FÖRDER-, MITTEL-, TECHNISCHEN, KUNST- UND NORMALSCHULUNTERRICHT UND DER ÄMTER DER PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES BEAUFTRAGT MIT DER AUFSICHT DIESER EINRICHTUNGEN

Artikel 1 - Artikel 6 des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals sowie des Verwaltungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe B) Buchstabe *b*) wird folgende Nummer 6.1. eingefügt:
"6.1. beigeordneter Hauptlehrer einer Primarschule oder beigeordneter Direktor einer autonomen Primarschule;"
2. Buchstabe G) Buchstabe *b*) wird wie folgt ersetzt:
"b) Auswahlämter"
30. Beigeordneter Leiter einer Kunstakademie"
3. In Buchstabe G) wird folgender Buchstabe *c*) eingefügt:
"c) Beförderungsämter"
31. Leiter einer Kunstakademie"

KAPITEL 2 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

Art. 2 - Artikel 91octies des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *n*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.
2. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben *o*) und *p*) eingefügt:
"o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,
p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen."
3. In § 2 Absatz 2 wird die Angabe "Absatz 1 Nummer 1" durch die Angabe "Absatz 2 Nummer 1" ersetzt.
4. In § 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

"In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv ernannten Fachbereichsleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, nachfolgende Formen der Zurdispositionstellung in Anspruch zu nehmen:

1. während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis § 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Fachbereichsleiter, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

- a*) kann diese Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Nummer 2 angeführte Form der halbeinjährigen Zurdispositionstellung umwandeln, insofern er die in Nummer 2 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;
- b*) wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;
- c*) wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.

2. während höchstens eines Schuljahres eine halbeinjährige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er die in Artikel 10 § 1 Absatz 1 des vorerwähnten Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 angeführten Bedingungen erfüllt. Ein Fachbereichsleiter, der die vorliegende Form der halbeinjährigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt, wechselt

nach Ablauf eines Schuljahres von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Fachbereichsleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Fachbereichsleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. kann diese teilzeitige Laufbahnunterbrechung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Absatz 3 Nummer 2 angeführte Form der halbezeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand umwandeln, insofern er die in Absatz 3 Nummer 2 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

3. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 3 - In Artikel 91quaterdecies Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Angabe "91octies § 1 und 2" durch die Angabe "91octies § 1 und § 2 Absätze 1 und 2" ersetzt.

Art. 4 - In Artikel 91triciester Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016 und abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Satz eingefügt:

"Artikel 91octies § 2 Absätze 3 und 4 findet nur Anwendung auf Werkstattleiter, die dieses Amt im Rahmen eines vollen Stundenplans bekleiden."

Art. 5 - In Artikel 91undequadragies Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Angabe "91octies § 1 Absatz 1 und § 2" durch die Angabe "91octies § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 1" ersetzt.

Art. 6 - In Artikel 91quadragiesquinquies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Angabe "91nonies" durch die Angabe "91septies, 91octies § 1 und § 2 Absätze 1 und 2, 91nonies" ersetzt.

Art. 7 - In Artikel 91quadragiessexies Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Angabe "91octies § 1 Absatz 1 und § 2" durch die Angabe "91octies § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 1" ersetzt.

Art. 8 - In Artikel 91quintagiessemel Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird die Angabe "91octies § 1 Absatz 1 und § 2" durch die Angabe "91octies § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 1" ersetzt.

Art. 9 - In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2022, wird folgendes Kapitel VIIterdecies, das die Artikel 91quintagiesquinquies und 91quintagiessexies umfasst, eingefügt:

"KAPITEL VIIterdecies - Besondere Bestimmungen für beigeordnete Hauptlehrer einer Primarschule"

Art. 10 - In das Kapitel VIIterdecies desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 91quintagiesquinquies eingefügt:

"Art. 91quintagiesquinquies - Prinzip

In Abweichung von Kapitel VII wird das Amt des beigeordneten Hauptlehrers einer Primarschule ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel 91quater bis 91nonies und 91undecies bis 91terdecies finden Anwendung auf das Amt des beigeordneten Hauptlehrers einer Primarschule."

Art. 11 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 91quintagiessexies eingefügt:

"Art. 91quintagiessexies - Gehalt und Prämie

§ 1 - Während der Bezeichnung als beigeordneter Hauptlehrer einer Primarschule erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarschulwesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 422.

§ 2 - Wird eine Person, die in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als beigeordneter Hauptlehrer einer Primarschule bezeichnet, bezieht sie in Abweichung von § 1 weiterhin ihr Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$$P = X - M,$$

P = die Prämie,

X = das in § 1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§ 3 - Wird eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als beigeordneter Hauptlehrer einer Primarschule bezeichnet, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in § 1 angeführte Betrag gilt.

§ 4 - Der in Anwendung von § 1 und § 2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und 19. Juli 2001 an die Schwankungen des Verbraucherpreisindexes gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die in § 2 angeführte Prämie weitergezahlt, insofern der beigeordnete Hauptlehrer einer Primarschule nicht von der Krankenkasse entschädigt wird.“

Art. 12 - In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2022, wird folgendes Kapitel VIIquaterdecies, das den Artikel 91quintagiessepties umfasst, eingefügt:

“KAPITEL VIIquaterdecies - Besondere Bestimmungen für beigeordnete Leiter einer Kunstakademie“

Art. 13 - In das Kapitel VIIquaterdecies desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 91quintagiessepties eingefügt:

“Art. 91quintagiessepties - Prinzip

In Abweichung von Kapitel VII wird das Amt des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie anhand einer Bezeichnung und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben.“

Art. 14 - Artikel 121septies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *n*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben *o*) und *p*) eingefügt:

“o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

3. In § 2 Absatz 2 wird die Angabe “Absatz 1 Nummer 1” durch die Angabe “Absatz 2 Nummer 1” ersetzt.

4. In § 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

“In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv ernannten Schulleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren in Anspruch zu nehmen, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis § 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Bei einem Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, wird die Urlaubsform auf seine Lehrtätigkeit gelegt. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Schulleiter, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Schulleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Bei einem Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, wird die Urlaubsform auf seine Lehrtätigkeit gelegt. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Schulleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 15 - Artikel 121octies § 1 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:

“Wenn der Schulleiter aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn wie folgt vorübergehend ersetzen:

1. Handelt es sich um einen Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, erfolgt der Ersatz im Amt des beigeordneten Hauptlehrers einer Primarschule durch eine Person, die die in Artikel 91quater Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

2. Handelt es sich um einen Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, erfolgt der Ersatz im Amt des Primarschullehrers.

3. Handelt es sich um einen Sekundarschulleiter, erfolgt der Ersatz im Amt des Provisors durch eine Person, die in Artikel 91quater Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

4. Handelt es sich um einen Internatsverwalter, erfolgt der Ersatz im Amt des Aufseher-Erziehers eines Internats.“

Art. 16 - Artikel 160 Absatz 3 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe *n*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgender Buchstabe *o*) wird eingefügt:

“o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung.”

Art. 17 - Artikel 161 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 16. Februar 1983, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird das Wort “es” gestrichen.

2. In Buchstabe *a*) wird vor das Wort “zu” das Wort “es” eingefügt“.

3. In den Buchstaben *b*) und *c*) wird jeweils vor das Wort “aus” das Wort “es” eingefügt.

4. In Buchstabe *d*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

5. Folgender Buchstabe *e*) wird eingefügt:

“e) ihm eine Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen gewährt worden ist.”

KAPITEL 3 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 25. OKTOBER 1971 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PRIMARSCHULLEHRER, LEHRER UND INSPEKTOREN FÜR KATHOLISCHE, PROTESTANTISCHE, ISRAELITISCHE, ORTHODOXE, ISLAMISCHE UND ANGLIKANISCHE RELIGION IN DEN LEHRANSTALTEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Art. 18 - Artikel 40 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe *k*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgender Buchstabe *l*) wird eingefügt:

“l) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung.”

Art. 19 - Artikel 42 desselben Königlichen Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird das Wort “es” gestrichen.

2. In Buchstabe *a*) wird vor das Wort “zu” das Wort “es” eingefügt“.

3. In Buchstabe *b*) wird vor das Wort “aus” das Wort “es” eingefügt.

4. In Buchstabe *c*) wird vor das Wort “aus” das Wort “es” eingefügt und der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

5. Folgender Buchstabe *d*) wird eingefügt:

“d) ihm eine Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen gewährt worden ist.”

KAPITEL 4 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 15. JANUAR 1974 ERGANGEN IN ANWENDUNG VON ARTIKEL 160 DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 22. MÄRZ 1969 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER PERSONALMITGLIEDER DES GEMEINSCHAFTSUNTERRICHTSWESENS

Art. 20 - Artikel 21 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens wird wie folgt ersetzt:

“Art. 21 - Die Gesamtdauer des Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen darf während eines Zeitraums von zehn Jahren aktiven Dienstes 120 Tage nicht überschreiten.”

Art. 21 - Artikel 22.1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 16. Januar 2012, wird aufgehoben.

KAPITEL 5 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES VOM 27. JUNI 1974 ZUR FESTLEGUNG DER DIENSTPOSTENTABELLEN, DIE AB DEM 1. APRIL 1972 FÜR DIE MITGLIEDER DES DIREKTIONS- UND LEHRPERSONALS, DES ERZIEHUNGSHILFSPERSONALS UND DES PARAMEDIZINISCHEN UND SOZIALPSYCHOLOGISCHEN PERSONALS DER STAATLICHEN UNTERRICHTSEINRICHTUNGEN, FÜR DIE PERSONALMITGLIEDER DES MIT DER INSPEKTION DIESER EINRICHTUNGEN BEAUFTRAGTEN INSPEKTIONS-DIENSTES UND FÜR DIE PERSONALMITGLIEDER DES INSPEKTIONSDIENSTES DER FERNKURSE UND DES SUBVENTIONIERTEN PRIMARSCHULWESENS GELTEN, UND ZUR FESTLEGUNG DER BESOLDUNGSGRUPPEN FÜR DAS PERSONAL DER STAATLICHEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 22 - In Artikel 2 Kapitel B) des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen und sozial-psychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarschulwesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgende Nummer 6.1. eingefügt:

“6.1. Beigeordneter Hauptlehrer einer Primarschule oder beigeordneter Direktor einer autonomen Primarschule..... 422”

KAPITEL 6 — ABÄNDERUNG DES KÖNIGLICHEN ERLASSES NR. 297 VOM 31. MÄRZ 1984 ÜBER DIE PLANSTELLEN, GEHÄLTER, GEHALTSSUBVENTIONEN UND DIE URLAUBE WEGEN VERKÜRZTER DIENSTLEISTUNGEN IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN PMS-ZENTREN

Art. 23 - In Artikel 10, § 1, des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 1996 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgender Absatz 9 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 6 können Personalmitglieder, die ein Auswahlamt bekleiden und denen die Zurdispositionstellung vor dem 1. September 2023 nicht zugänglich ist, den Antrag bis zum 15. Juli 2023 einreichen, wenn sie die Zurdispositionstellung zum 1. September 2023 in Anspruch nehmen möchten.“

Art. 24 - Artikel 10bis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 6. Juni 2005 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge „oder Auswahlamt“ durch die Wortfolge

„, Auswahl- oder Beförderungsamts“ ersetzt.

2. In § 3 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 können Personalmitglieder, die ein Auswahl- oder Beförderungsamts bekleiden und denen die Zurdispositionstellung vor dem 1. September 2023 nicht zugänglich ist, den Antrag bis zum 15. Juli 2023 einreichen, wenn sie die Zurdispositionstellung zum 1. September 2023 in Anspruch nehmen möchten.“

KAPITEL 7 — ABÄNDERUNG DES ERLASSES DER REGIERUNG VOM 9. NOVEMBER 1994 BEZÜGLICH DER LAUFBAHNUNTERBRECHUNG IM UNTERRICHTSWESEN UND IN DEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 25 - In Artikel 6 § 1 des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 1 können Personalmitglieder, die ein Auswahl- oder Beförderungsamts bekleiden und denen die teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung vor dem 1. September 2023 nicht zugänglich ist, den Antrag bis zum 15. Juli 2023 einreichen, wenn sie diese Form der Laufbahnunterbrechung zum 1. September 2023 in Anspruch nehmen möchten.“

KAPITEL 8 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. AUGUST 1998 ÜBER DEN AUFTRAG AN DIE SCHULTRÄGER UND DAS SCHULPERSONAL SOWIE ÜBER DIE ALLGEMEINEN PÄDAGOGISCHEN UND ORGANISATORISCHEN BESTIMMUNGEN FÜR DIE REGEL- UND FÖRDERSCHULEN

Art. 26 - In Artikel 96 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Der Auftrag eines beigeordneten Hauptlehrers einer Primarschule oder eines beigeordneten Direktors einer autonomen Primarschule entspricht dem in Absatz 1 angeführten Auftrag und umfasst die Aufgaben, die ihm der Schulleiter zuweist, dem er beigeordnet ist.“

KAPITEL 9 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 14. DEZEMBER 1998 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DES FREIEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTRUMS

Art. 27 - Artikel 62.7 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *n*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben *o*) und *p*) eingefügt:

o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

3. In § 2 Absatz 2 wird die Angabe „Absatz 1 Nummer 1“ durch die Angabe „Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.

4. In § 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

„In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv eingestellten Fachbereichsleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, nachfolgende Formen der Zurdispositionstellung in Anspruch zu nehmen:

1. während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis § 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Fachbereichsleiter, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

a) kann diese Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Nummer 2 angeführte Form der halbeinzeligen Zurdispositionstellung umwandeln, insofern er die in Nummer 2 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

b) wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amtes wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollenzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

c) wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.

2. während höchstens eines Schuljahres eine halbzzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er die in Artikel 10 § 1 Absatz 1 des vorerwähnten Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 angeführten Bedingungen erfüllt. Ein Fachbereichsleiter, der die vorliegende Form der halbzzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt, wechselt nach Ablauf eines Schuljahres von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Fachbereichsleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Fachbereichsleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. kann diese teilzeitige Laufbahnunterbrechung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Absatz 3 Nummer 2 angeführte Form der halbzzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand umwandeln, insofern er die in Absatz 3 Nummer 2 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

3. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 28 - In Artikel 62.13 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 18. Juni 2018, wird die Angabe "62.7 § 1 und 2" durch die Angabe "62.7 § 1 und § 2 Absätze 1 und 2" ersetzt.

Art. 29 - In Artikel 62.31 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016 und abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender Satz eingefügt:

"Artikel 62.7 § 2 Absätze 3 und 4 findet nur Anwendung auf Werkstattleiter, die dieses Amt im Rahmen eines vollen Stundenplans bekleiden."

Art. 30 - In Artikel 62.37 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 18. Juni 2018 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Angabe "62.7 § 1 Absatz 1 und § 2" durch die Angabe "62.7 § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 1" ersetzt.

Art. 31 - In Artikel 62.43 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2019 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Angabe "62.8" durch die Angabe "62.6, 62.7 § 1 und § 2 Absätze 1 und 2, 62.8" ersetzt.

Art. 32 - In Artikel 62.44 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Juni 2020 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird die Angabe "62.7 § 1 Absatz 1 und § 2" durch die Angabe "62.7 § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 1" ersetzt.

Art. 33 - In Artikel 62.49 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird die Angabe "62.7 § 1 Absatz 1 und § 2" durch die Angabe "62.7 § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 1" ersetzt.

Art. 34 - In den Titel I desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel IVterdecies, das die Artikel 62.53 und 62.54 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL IVterdecies - Besondere Bestimmungen für beigeordnete Direktoren einer autonomen Primarschule"

Art. 35 - In das Kapitel IVterdecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.53 eingefügt:

"Art. 62.53 - Prinzip

In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des beigeordneten Direktors einer autonomen Primarschule ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel 62.3 bis 62.8 und 62.10 bis 62.12 finden Anwendung auf das Amt des beigeordneten Direktors einer autonomen Primarschule."

Art. 36 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 62.54 eingefügt:

"Art. 62.54 - Gehalt und Prämie

§ 1 - Während der Bezeichnung als beigeordneter Direktor einer autonomen Primarschule erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarschulwesens gelten und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 422.

§ 2 - Wird eine Person, die in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als beigeordneter Direktor einer autonomen Primarschule bezeichnet, bezieht sie in Abweichung von § 1 weiterhin ihr Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$P = X - M$,

P = die Prämie,

X = das in § 1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§ 3 - Wird eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als beigeordneter Direktor einer autonomen Primarschule bezeichnet, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in § 1 angeführte Betrag gilt.

§ 4 - Der in Anwendung von § 1 und § 2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und 19. Juli 2001 an die Schwankungen des Verbraucherpreisindex gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Arbeitsgesetzes vom 16. März 1971 angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die in § 2 angeführte Prämie weitergezahlt, insofern der beigeordnete Direktor einer autonomen Primarschule nicht von der Krankenkasse entschädigt wird."

Art. 37 - In den Titel I desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel IVquaterdecies, das den Artikel 62.55 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL IVquaterdecies - Besondere Bestimmungen für beigeordnete Leiter einer Kunstakademie"

Art. 38 - In das Kapitel IVquaterdecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.55 eingefügt:

"Art. 62.55 - Prinzip

In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie anhand einer Bezeichnung und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben."

Art. 39 - Artikel 69.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *n*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben *o*) und *p*) eingefügt:

"o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen."

3. In § 2 Absatz 2 wird die Angabe "Absatz 1 Nummer 1" durch die Angabe "Absatz 2 Nummer 1" ersetzt.

4. In § 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

"In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv eingestellten Schulleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren in Anspruch zu nehmen, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis § 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Bei einem Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, wird die Urlaubsform auf seine Lehrtätigkeit gelegt. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Schulleiter, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Schulleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Bei einem Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, wird die Urlaubsform auf seine Lehrtätigkeit gelegt. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Schulleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann."

Art. 40 - Artikel 69.7 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:

"Wenn der Stelleninhaber aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn wie folgt vorübergehend ersetzen:

1. Handelt es sich um einen Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, erfolgt der Ersatz im Amt des beigeordneten Direktors einer autonomen Primarschule durch eine Person, die die in Artikel 62.3 Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

2. Handelt es sich um einen Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, erfolgt der Ersatz im Amt des Primarschullehrers.

3. Handelt es sich um einen Sekundarschulleiter, erfolgt der Ersatz im Amt des Unterdirektors durch eine Person, die in Artikel 62.3 Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

4. Handelt es sich um einen Internatsverwalter, erfolgt der Ersatz im Amt des Aufseher-Erziehers eines Internats."

Art. 41 - Artikel 75 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird das Wort "es" gestrichen.

2. In den Nummern 1 und 2 wird jeweils vor das Wort "aus" das Wort "es" eingefügt".

3. In Nummer 3 wird vor das Wort "aus" das Wort "es" eingefügt und der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

4. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

"4. ihm eine Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen gewährt worden ist."

KAPITEL 10 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 30. JUNI 2003 ÜBER DRINGENDE MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2003

Art. 42 - Artikel 11.11 Absatz 2 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird wie folgt ersetzt:

"Steht dem zeitweilig bezeichneten oder eingestellten Personalmitglied, das wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend ist, in Anwendung des vorliegenden Kapitels weniger als ein vollständiger Urlaubstag zur Verfügung, fällt es zulasten der Krankenkasse bis zu dem Tag, an dem es seinen Dienst wieder vollständig aufnimmt."

Art. 43 - In Artikel 11.13 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird die Wortfolge "die ihm gemäß vorliegendem Kapitel zur Verfügung stehenden Urlaubstage aufgebraucht hat" durch die Wortfolge "dem in Anwendung des vorliegenden Kapitels weniger als ein vollständiger Urlaubstag zur Verfügung steht" ersetzt.

Art. 44 - In Artikel 11.18 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgender Satz eingefügt:

"Vorliegendes Kapitel findet ebenfalls Anwendung auf die in Artikel 11.1 angeführten Personalmitglieder, die zeitweilig bezeichnet oder eingestellt sind und über mindestens 30 Krankheitstage verfügen."

Art. 45 - In Artikel 11.19 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und abgeändert durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird zwischen Absatz 4 und Absatz 5, der zu Absatz 6 wird, folgender Absatz eingefügt:

"Unbeschadet des vorherigen Absatzes endet die Wiedereingliederung bei zeitweilig bezeichneten oder eingestellten Personalmitgliedern, sobald dem Personalmitglied weniger als ein vollständiger Krankheitstag zur Verfügung steht."

Art. 46 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel III.3, das die Artikel 11.20 und 11.21 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL III.3 - URLAUB WEGEN VERRINGERTER DIENSTLEISTUNGEN ZUR BERUFLICHEN WIEDEREINGLIEDERUNG IM ANSCHLUSS AN EINE LANGZEITERKRANKUNG"

Art. 47 - In das Kapitel III.3 desselben Dekrets wird folgender Artikel 11.20 eingefügt:

"Art. 11.20 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf die in Artikel 11.1 angeführten Personalmitglieder, die für mehr als die Hälfte eines vollen Stundenplans definitiv ernannt bzw. eingestellt oder zeitweilig bezeichnet bzw. eingestellt sind.

Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter Kontrollarzt den Arzt, der in Anwendung von Artikel 3 des Dekrets vom 5. Februar 1996 über die Kontrolle der Abwesenheit wegen Krankheit der Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen

Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen und Psycho Medizinisch-Sozialen Zentren zuständig ist."

Art. 48 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.21 eingefügt:

"Art. 11.21 - § 1 - Ein Personalmitglied, das während eines ununterbrochenen Zeitraums von mindestens 42 Kalendertagen wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend gewesen ist und über mindestens 30 Krankheitstage verfügt, kann den Dienst auf seinen Antrag hin teilweise wiederaufnehmen, insofern es dem Kontrollarzt eine entsprechende Bescheinigung des behandelnden Arztes sowie einen vom behandelnden Arzt erstellten Wiedereingliederungsplan vorlegt und sowohl der Kontrollarzt als auch der Schulträger ihr Einverständnis zur beruflichen Wiedereingliederung erteilen.

Der Wiedereingliederungsplan beinhaltet mindestens folgende Elemente:

1. den Prozentsatz des vom Personalmitglied während der Wiedereingliederungsperiode zu leistenden wöchentlichen Stundenumfangs;

2. das Anfangs- und das Enddatum der jeweiligen Wiedereingliederungsperiode;

3. das Datum, an dem das Personalmitglied voraussichtlich wieder in der Lage ist, seinen Dienst vollständig wiederaufzunehmen.

§ 2 - Während der Wiedereingliederung leistet das Personalmitglied mindestens die Hälfte eines vollen Stundenplans. Ergibt der Bruch der Verringerung keine ganze Zahl, wird bei Personalmitgliedern der Kategorie des Lehrpersonals mit Ausnahme der Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen und des an der autonomen Hochschule beschäftigten Lehrpersonals bis zur nächsten ganzen Zahl aufgerundet.

Die Wiedereingliederungsperiode beläuft sich auf eine Zeitspanne von mindestens einem und maximal drei Monaten. Auf Vorschlag des behandelnden Arztes und mit Einverständnis des Kontrollarztes und des Schulträgers kann die Wiedereingliederungsperiode beliebig oft um weitere Zeitspannen von jeweils maximal drei Monaten verlängert werden, insofern dem Personalmitglied genügend Krankheitstage zur Verfügung stehen, um diese

Zeitspannen gemäß § 3 Absatz 2 abzudecken. Eine Veränderung des Prozentsatzes des vom Personalmitglied zu leistenden wöchentlichen Stundenumfangs erfolgt auf Vorschlag des behandelnden Arztes jeweils ab Beginn einer Verlängerung der Wiedereingliederungsperiode.

§ 3 - Das Personalmitglied, das seinen Dienst in Anwendung von § 1 Absatz 1 teilweise wiederaufnimmt, befindet sich für die nicht geleisteten Stunden in einem Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung. Der Urlaub wird besoldet und dem aktiven Dienst gleichgestellt.

Während des Urlaubs wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung wird dem Personalmitglied, das mindestens 75% eines vollen Stundenplans leistet, pro Kalendertag ein Viertelkrankheitstag abgezogen. Einem Personalmitglied, das während des Urlaubs weniger als 75% eines vollen Stundenplans leistet, wird pro Kalendertag ein halber Krankheitstag abgezogen.

In Abweichung von Absatz 2 werden einem Personalmitglied, das den vorliegenden Urlaub im Anschluss an einen Arbeitsunfall, einen Unfall auf dem Arbeitsweg oder eine Berufskrankheit mit dem Einverständnis des Verwaltungsgesundheitsdienstes in Anspruch nimmt, während des Urlaubs keine Krankheitstage abgezogen.

§ 4 - Ein vorzeitiger Abbruch der Wiedereingliederung kann auf Initiative des Personalmitglieds, des behandelnden Arztes oder des Kontrollarztes erfolgen.

Der Urlaub endet in folgenden Fällen von Amts wegen:

1. wenn das Personalmitglied in Anwendung von Artikel 11.11 zulasten der Krankenkasse fällt oder in Anwendung von Artikel 11.13 zur Disposition wegen Krankheit oder Gebrechen gestellt wird;
2. wenn der Kontrollarzt und bzw. oder der Schulträger der gemäß § 2 Absatz 2 beantragten Verlängerung der Wiedereingliederungsperiode nicht stattgibt;
3. wenn die zeitweilige Bezeichnung bzw. Einstellung des Personalmitglieds endet oder die definitive Ernennung bzw. Einstellung des Personalmitglieds beendet wird."

Art. 49 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel III.4, das die Artikel 11.22 und 11.23 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL III.4 - ABWESENHEIT WEGEN VERRINGERTER DIENSTLEISTUNGEN WEGEN KRANKHEIT ODER GEBRECHEN"

Art. 50 - In das Kapitel III.4 desselben Dekrets wird folgender Artikel 11.22 eingefügt:

"Art. 11.22 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf die in Artikel 11.1 angeführten Personalmitglieder, die zeitweilig bezeichnet oder eingestellt sind."

Art. 51 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.23 eingefügt:

"Art. 11.23 - Ein zeitweilig bezeichnetes oder eingestelltes Personalmitglied, das wegen Krankheit oder Gebrechen abwesend ist und sich in Anwendung von Artikel 11.11 Absatz 2 zulasten der Krankenkasse befindet, kann den Dienst auf seinen Antrag hin und mit Genehmigung des Vertrauensarztes der Krankenkasse teilweise wiederaufnehmen, insofern es dem Schulträger die vom Vertrauensarzt ausgestellte Genehmigung vorlegt, aus der der Prozentsatz des vom Personalmitglied zu leistenden Stundenumfangs sowie das Anfangs- und das Enddatum der Teilzeitbeschäftigung hervorgehen, und der Schulträger sein Einverständnis zur teilzeitigen Wiederaufnahme des Dienstes erteilt. Die Teilzeitbeschäftigung kann mit entsprechender Genehmigung des Vertrauensarztes und mit Einverständnis des Schulträgers um weitere Zeitspannen verlängert werden.

Das Personalmitglied, das seinen Dienst in Anwendung von Absatz 1 teilweise wiederaufnimmt, befindet sich für die nicht geleisteten Stunden in einer Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen. Die Abwesenheit wird nicht besoldet und dem nichtaktiven Dienst zugeordnet.

Die Abwesenheit endet von Amts wegen, wenn die zeitweilige Bezeichnung bzw. Einstellung des Personalmitglieds endet."

Art. 52 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel III.5, das die Artikel 11.24 bis 11.30 umfasst, eingefügt:

"KAPITEL III.5 - VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ"

Art. 53 - In das Kapitel III.5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 11.24 eingefügt:

"Art. 11.24 - Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln."

Art. 54 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.25 eingefügt:

"Art. 11.25 - Unbeschadet des Artikels 11.26 gilt die Regierung für die Verarbeitung der in Artikel 11.27 angeführten personenbezogenen Daten als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

Die Regierung verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung der im vorliegenden Dekret aufgeführten Aufgaben. Sie darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser dekretalen Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz."

Art. 55 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.26 eingefügt:

"Art. 11.26 - Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung des Kontrollarztes statt, der in Anwendung von Artikel 3 des Dekrets vom 5. Februar 1996 über die Kontrolle der Abwesenheit wegen Krankheit der Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinischen-Sozialen Zentren zuständig ist."

Art. 56 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.27 eingefügt:

"Art. 11.27 - Für die Ausführung ihrer Aufträge gemäß Artikel 11.25 Absatz 2 können die Regierung und die anderen an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligten Personen personenbezogene Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität, zum Geburtsdatum und Kontaktangaben;
2. Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt;
3. Daten zur Gesundheit.

Die Regierung kann die Datenkategorien präzisieren."

Art. 57 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.28 eingefügt:

"Art. 11.28 - Die in Artikel 11.27 angeführten Daten werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, zehn Jahre nach Ausscheiden aus dem Amt aufbewahrt.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet."

Art. 58 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.29 eingefügt:

"Art. 11.29 - Die Regierung greift zur Erstellung von Analysen und Statistiken auf anonymisierte Daten zurück."

Art. 59 - In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 11.30 eingefügt:

"Art. 11.30 - Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest."

KAPITEL 11 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 29. MÄRZ 2004 ZUR FESTLEGUNG DES STATUTS DER SUBVENTIONIERTEN PERSONALMITGLIEDER DES OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN UNTERRICHTSWESENS UND DER OFFIZIELLEN SUBVENTIONIERTEN PSYCHO-MEDIZINISCH-SOZIALEN ZENTREN

Art. 60 - Artikel 56.6 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *m*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.
2. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben *n*) und *o*) eingefügt:

"n) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

o) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen."

3. In § 2 Absatz 2 wird die Angabe "Absatz 1 Nummer 1" durch die Angabe "Absatz 2 Nummer 1" ersetzt.

4. In § 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

"In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv eingestellten Leitenden Verwaltungssekretär, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, nachfolgende Formen der Zurdispositionstellung in Anspruch zu nehmen:

1. während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis § 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Leitender Verwaltungssekretär, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

a) kann diese Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Nummer 2 angeführte Form der halbezeitigen Zurdispositionstellung umwandeln, insofern er die in Nummer 2 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

b) wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

c) wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.

2. während höchstens eines Schuljahres eine halbezeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er die in Artikel 10 § 1 Absatz 1 des vorerwähnten Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 angeführten Bedingungen erfüllt. Ein Leitender Verwaltungssekretär, der die vorliegende Form der halbezeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt, wechselt nach Ablauf eines Schuljahres von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Leitenden Verwaltungssekretär, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Leitender Verwaltungssekretär, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. kann diese teilzeitige Laufbahnunterbrechung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Absatz 3 Nummer 2 angeführte Form der halbzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand umwandeln, insofern er die in Absatz 3 Nummer 2 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe i) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

3. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 61 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel IVquaterdecies, das den Artikel 56.23 umfasst, eingefügt:

“KAPITEL IVquaterdecies - Besondere Bestimmungen für beigeordnete Direktoren einer autonomen Primarschule“

Art. 62 - In das Kapitel IVquaterdecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 56.23 eingefügt:

“Art. 56.23 - In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des beigeordneten Direktors einer autonomen Primarschule ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im freien subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben.“

Art. 63 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2022, wird folgendes Kapitel IVquinqüesdecies, das die Artikel 56.24 und 56.25 umfasst, eingefügt:

“KAPITEL IVquinqüesdecies - Besondere Bestimmungen für beigeordnete Leiter einer Kunstakademie“

Art. 64 - In das Kapitel IVquinqüesdecies desselben Dekrets wird folgender Artikel 56.24 eingefügt:

“Art. 56.24 - Prinzip

In Abweichung von Kapitel IV finden die Artikel 56.2 bis 56.7 und 56.9 bis 56.11 Anwendung auf das Amt des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie.“

Art. 65 - In dasselbe Kapitel IVquinqüesdecies wird folgender Artikel 56.25 eingefügt:

“Art. 56.25 - Gehalt und Prämie

§ 1 - Während der Ausübung des Amtes als beigeordneter Leiter einer Kunstakademie erhält das Personalmitglied ein Gehalt auf der Grundlage der in der Anlage des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarschulwesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Gehaltstabelle 422/I, erhöht um eine monatliche Prämie von 400 Euro.

Der in Absatz 1 angeführte Betrag der Prämie wird im Falle einer Teilzeitbeschäftigung anteilmäßig zur Beschäftigung gekürzt.

§ 2 - Wird eine Person, die in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer gemäß Artikel 22bis bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als beigeordneter Leiter einer Kunstakademie bezeichnet, bezieht sie in Abweichung von § 1 weiterhin ihr Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird:

$$P = X - M,$$

P = die Prämie,

X = das in § 1 angeführte Gehalt,

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitglieds.

Die Auszahlung der Prämie erfolgt gleichzeitig mit der Auszahlung des Monatsgehalts und unter denselben Bedingungen.

§ 3 - Wird eine Person, die nicht in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als beigeordneter Leiter einer Kunstakademie bezeichnet, bezieht sie Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie gemäß den im Unterrichtswesen gültigen Bestimmungen, wobei als Berechnungsgrundlage der in § 1 angeführte Betrag gilt.

§ 4 - Der in Anwendung von § 1 und § 2 ermittelte Betrag ist gemäß dem Gesetz vom 1. März 1977 zur Einführung einer Regelung zur Koppelung gewisser Ausgaben im öffentlichen Sektor an den Verbraucherpreisindex des Königreichs, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 178 vom 30. Dezember 1982 und vom 24. Dezember 1993 und die Gesetze vom 2. Januar 2001 und vom 19. Juli 2001, an die Schwankungen des Verbraucherpreisindex gebunden.

Bei einem Urlaub wegen Krankheit oder Gebrechen, während eines Mutterschaftsurlaubs und während der in den Artikeln 42 bis 43bis des Gesetzes vom 16. März 1971 über die Arbeit angeführten Abwesenheiten im Rahmen einer Geburt wird die in § 2 angeführte Prämie weitergezahlt, insofern der Unterdirektor oder Provisor nicht von der Krankenkasse entschädigt wird.“

Art. 66 - Artikel 64.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe n) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben *o*) und *p*) eingefügt:

“*o*) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.”

3. In § 2 Absatz 2 wird die Angabe “Absatz 1 Nummer 1” durch die Angabe “Absatz 2 Nummer 1” ersetzt.

4. In § 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

“In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv ernannten Leiter einer Kunstakademie, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren in Anspruch zu nehmen, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis § 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Leiter einer Kunstakademie, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Leiter einer Kunstakademie, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Leiter einer Kunstakademie, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.”

Art. 67 - Artikel 64.7 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:

“Wenn der Leiter einer Kunstakademie aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend zeitweilig abwesend ist, kann der Schulträger ihn im Amt des beigeordneten Leiters einer Kunstakademie ersetzen durch eine Person, die die in Artikel 56.2 Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.”

Art. 68 - Artikel 64.17 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *n*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben *o*) und *p*) eingefügt:

“*o*) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.”

3. In § 2 Absatz 2 wird die Angabe “Absatz 1 Nummer 1” durch die Angabe “Absatz 2 Nummer 1” ersetzt.

4. In § 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

“In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 1 ist es einem definitiv ernannten Schulleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren in Anspruch zu nehmen, insofern er unbeschadet von Artikel 10bis § 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Bei einem Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, wird die Urlaubsform auf seine Lehrtätigkeit gelegt. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Schulleiter, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.

In Abweichung von § 1 Absatz 2 Nummer 2 ist es einem Schulleiter, der spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht, erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Bei einem Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, wird die Urlaubsform auf seine Lehrtätigkeit gelegt. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Schulleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe *i*) angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.“

Art. 69 - Artikel 64.18 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt ersetzt:

“Wenn der Stelleninhaber aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn wie folgt vorübergehend ersetzen:

1. Handelt es sich um einen Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, erfolgt der Ersatz im Amt des beigeordneten Direktors einer autonome Primarschule durch eine Person, die die in Artikel 62.3 Absatz 1 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

2. Handelt es sich um einen Grundschulleiter, der in Anwendung von Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen nicht vollständig von seiner Lehrtätigkeit befreit ist, erfolgt der Ersatz im Amt des Primarschullehrers.

3. Handelt es sich um einen Sekundarschulleiter, erfolgt der Ersatz im Amt des Unterdirektors durch eine Person, die die in Artikel 62.3 Absatz 1 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

4. Handelt es sich um einen Internatsverwalter, erfolgt der Ersatz im Amt des Aufseher-Erziehers eines Internats.“

Art. 70 - Artikel 73 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird das Wort “es” gestrichen.

2. In den Nummern 1 und 2 wird jeweils vor das Wort “aus” das Wort “es” eingefügt“.

3. In Nummer 3 wird vor das Wort “aus” das Wort “es” eingefügt und der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

4. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

“4. ihm eine Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen gewährt worden ist.“

KAPITEL 12 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 27. JUNI 2005 ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE

Art. 71 - Artikel 5.46 Absatz 1 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

“4. ihm eine Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen gewährt worden ist.“

Art. 72 - Artikel 5.92 Nummer 1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe *n*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgende Buchstaben *o*) und *p*) werden eingefügt:

o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

Art. 73 - Artikel 5.98 Absatz 3 Nummer 1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe *n*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgende Buchstaben *o*) und *p*) werden eingefügt:

o) Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

p) Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen.“

Art. 74. Artikel 5.99 § 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einzigen Absatz wird das Wort “abwesend” durch die Wortfolge “vollzeitig abwesend” ersetzt.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

“Wenn der Direktor aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn im Amt des Referenten durch eine Person ersetzen, die die in Artikel 5.105.1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 4, erfüllt.“

KAPITEL 13 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 21. APRIL 2008 ZUR AUFWERTUNG DES LEHRERBERUFES

Art. 75 - In Artikel 111.3 § 1 Absatz 3 Nummer 4 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufes, eingefügt durch das Dekret vom 19. April 2010, wird folgender Buchstabe c) eingefügt:

"c) 85% ab dem Jahr 2024"

KAPITEL 14 - ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 23. MÄRZ 2009 ZUR ORGANISATION DES TEILZEIT-KUNSTUNTERRICHTS

Art. 76 - In Artikel 74 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Der Auftrag eines beigeordneten Leiters einer Kunstakademie entspricht dem in Absatz 1 angeführten Auftrag und umfasst die Aufgaben, die ihm der Leiter der Kunstakademie zuweist, dem er beigeordnet ist."

KAPITEL 15 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 25. JUNI 2012 ÜBER DIE SCHULINSPEKTION, DIE SCHULENTWICKLUNGSBERATUNG UND DIE SCHULBERATUNG FÜR INKLUSION UND INTEGRATION

Art. 77 - Artikel 22 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion, die Schulentwicklungsberatung und die Schulberatung für Inklusion und Integration, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 17 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In Absatz 1 werden folgende Nummern 18 bis 20 eingefügt:

"18. Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

19. Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen,

20. während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern das Personalmitglied unbeschadet von Artikel 10bis § 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht und in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Personalmitglied, das die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

a) wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in Nummer 9 angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern es zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

b) wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern es zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann."

3. In Absatz 2 wird die Angabe "17" durch die Angabe "20" ersetzt.

4. Folgender Absatz 8 wird eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 3 ist es dem Leiter, dem Schulinspektor, dem Schulentwicklungsberater und dem Referenten erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht und in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Leiter, Schulinspektor, Schulentwicklungsberater oder Referent, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in Nummer 9 angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann."

KAPITEL 16 — ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 31. MÄRZ 2014 ÜBER DAS ZENTRUM FÜR DIE GESUNDE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Art. 78 - Artikel 6.52 Absatz 1 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

"4. ihm eine Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen gewährt worden ist."

Art. 79 - Artikel 6.84 § 2 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 17 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In Absatz 1 werden folgende Nummern 18 bis 21 eingefügt:

"18. Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen zur beruflichen Wiedereingliederung im Anschluss an eine Langzeiterkrankung,

19. Abwesenheit wegen verringerter Dienstleistungen wegen Krankheit oder Gebrechen,

20. während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern der Koordinator oder der Zweigstellenleiter unbeschadet von Artikel 10bis § 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht und in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten

Tag der Zurdispositionstellung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Koordinator oder Zweigstellenleiter, der die vorliegende Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt:

a) kann diese Form der teilzeitigen Zurdispositionstellung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Nummer 21 angeführte Form der halbezeitigen Zurdispositionstellung umwandeln, insofern er die in Nummer 21 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

b) wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in Nummer 9 angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

c) wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann.

21. während höchstens eines Schuljahres eine halbezeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gemäß Artikel 10 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, insofern er die in Artikel 10 § 1 Absatz 1 des vorerwähnten Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 angeführten Bedingungen erfüllt. Ein Koordinator oder Zweigstellenleiter, der die vorliegende Form der halbezeitigen Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand in Anspruch nimmt, wechselt nach Ablauf eines Schuljahres von Amts wegen in die in Nummer 9 angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann."

3. In Absatz 2 wird die Angabe "17" durch die Angabe "20" ersetzt und folgender Satz eingefügt:

"Der in Nummer 20 Buchstabe a) vorgesehene Wechsel in die in Nummer 21 angeführte halbezeitige Zurdispositionstellung ist dem Direktor nicht gestattet."

4. Folgender Absatz 7 wird eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 3 ist es einem Direktor, Koordinator oder Zweigstellenleiter erlaubt, während höchstens zwei Schuljahren eine teilzeitige Laufbahnunterbrechung von einem Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen, insofern er spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens 58 Jahren erreicht und in maximal 52 Monaten, gerechnet ab dem Tag, der dem ersten Tag der Laufbahnunterbrechung folgt, eine Ruhestandspension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Diese Beurlaubung ist unumkehrbar. Ein Koordinator oder Zweigstellenleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt, kann diese Laufbahnunterbrechung nach Ablauf eines Schuljahres auf Antrag hin in die in Absatz 1 Nummer 21 angeführte Form der halbezeitigen Zurdispositionstellung umwandeln, insofern er die in Absatz 1 Nummer 21 angeführten Bedingungen erfüllt und zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann. Ein Direktor, Koordinator oder Zweigstellenleiter, der diese Form der teilzeitigen Laufbahnunterbrechung in Anspruch nimmt:

1. wechselt spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in die in Nummer 9 angeführte Form der vollzeitigen Zurdispositionstellung, insofern er zu diesem Zeitpunkt noch keine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann;

2. wird spätestens nach Ablauf von zwei Schuljahren von Amts wegen in den Ruhestand versetzt, insofern er zu diesem Zeitpunkt eine Pension zulasten der Staatskasse beanspruchen kann."

Art. 80 - Artikel 6.85 § 1 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 26. Februar 1918 und 18. Juni 1918, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "abwesend" durch die Wortfolge "vollzeitig abwesend" ersetzt.

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

"Wenn der Direktor aufgrund einer Urlaubsform vorübergehend teilzeitig abwesend ist, kann der Schulträger ihn im Amt des Referenten ersetzen."

KAPITEL 17 — INKRAFTTRETEN

Art. 81 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2023 in Kraft, mit Ausnahme des Artikels 75, der am 1. Januar 2024 in Kraft tritt.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 24. April 2023

O. PAASCH

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales,
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,
Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Nummerierte Dokumente: 256 (2022-2023) Nr. 1 Dekretentwurf

256 (2022-2023) Nr. 2 Bericht

256 (2022-2023) Nr. 3 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 24. April 2023 - Nr. 57 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2023/204839]

24 AVRIL 2023. — Décret relatif aux mesures visant à renforcer le bien-être du personnel dans l'enseignement

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Article 1^{er}. À l'article 6 de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique ainsi que du personnel administratif des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'État et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le B), le *b*) est complété par un 6.1^o rédigé comme suit :

« 6.1^o instituteur en chef adjoint dans une école primaire ou directeur adjoint d'une école primaire autonome; »

2^o dans le G), le *b*) est remplacé par ce qui suit :

« *b*) fonctions de sélection

30^o directeur adjoint d'une académie des arts »;

3^o le G) est complété par un *c*) rédigé comme suit :

« *c*) fonctions de promotion

31^o directeur d'une académie des arts ».

CHAPITRE 2. — *Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire*

Art. 2. À l'article 91octies de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1^o,), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1^o est complété par un *o*) et un *p*) rédigés comme suit :

« *o*) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3^o dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1^o » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1^o »;

4^o le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, le chef de département nommé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir aux types de mise en disponibilité suivants :

1^o une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10bis de l'arrêté royal n^o 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10bis, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n^o 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Ce congé est irréversible. Un chef de département qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

a) peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de ce type de mise en disponibilité partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps mentionné au 2^o, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées au 2^o et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

b) passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, *i*), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

c) est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2^o une mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant une année scolaire au plus, conformément à l'article 10 de l'arrêté royal n^o 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'article 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n^o 297 du 31 mars 1984. Un chef de département qui recourt au présent type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite passe d'office, au terme d'une année scolaire, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, *i*), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2^o, le chef de département qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension

de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Ce congé est irréversible. Un chef de département qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de cette interruption de carrière partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite mentionné à l'alinéa 3, 2°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'alinéa 3, 2°, et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

3° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 3 - Dans l'article 91quaterdecies, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 24 juin 2013 et remplacé par le décret du 18 juin 2018, les mots « 91octies, § 1^{er} et 2 » sont remplacés par les mots « 91octies, § 1^{er} et § 2, alinéas 1^{er} et 2 ».

Art. 3. L'article 91triciester, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 20 juin 2016 et modifié par le décret du 6 mai 2019, est complété par la phrase suivante :

« L'article 91octies, § 2, alinéas 3 et 4, ne s'applique qu'aux chefs d'atelier qui occupent cette fonction dans le cadre d'un horaire complet. »

Art. 4. Dans l'article 91undequadragesies, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 18 juin 2018 et modifié par le décret du 22 juin 2020, les mots « 91octies, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2 » sont remplacés par les mots « 91octies, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 5. Dans l'article 91quadragesiesquinquies du même arrêté royal, inséré par le décret du 6 mai 2019 et modifié par le décret du 22 juin 2020, le mot « 91nonies » est remplacé par les mots « 91septies, 91octies, § 1^{er} et § 2, alinéas 1^{er} et 2, 91nonies ».

Art. 6. Dans l'article 91quadragesiessexies, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 22 juin 2020, les mots « 91octies, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2 » sont remplacés par les mots « 91octies, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 7. Dans l'article 91quintagesiessemel, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 28 juin 2021, les mots « 91octies, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2 » sont remplacés par les mots « 91octies, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 9 - Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2022, il est inséré un chapitre VIIterdecies, comportant les articles 91quintagesiesquinquies et 91quintagesiessexies, intitulé comme suit :

« Chapitre VIIterdecies - Dispositions spécifiques pour les instituteurs en chef adjoints dans une école primaire ».

Art. 8. Dans le chapitre VIIterdecies du même arrêté royal, il est inséré un article 91quintagesiesquinquies rédigé comme suit :

« Art. 91quintagesiesquinquies - Principe

Par dérogation au chapitre VII, la fonction d'instituteur en chef adjoint dans une école primaire est attribuée exclusivement sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif, conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 91quater à 91nonies et 91undecies à 91terdecies s'appliquent à la fonction d'instituteur en chef adjoint dans une école primaire. »

Art. 9. Dans le même chapitre, il est inséré un article 91quintagesiessexies rédigé comme suit :

« Art. 91quintagesiessexies - Traitement et prime

§ 1^{er} - Durant la désignation en tant qu'instituteur en chef adjoint dans une école primaire, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 422 figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État.

§ 2 - Si une personne, désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée comme instituteur en chef adjoint dans une école primaire, elle continue, par dérogation au § 1^{er}, à percevoir son traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$$P = X - M$$

P = la prime

X = le traitement mentionné au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel.

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

§ 3 - Si une personne, qui n'est pas désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée comme instituteur en chef adjoint dans une école primaire, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er} servant de base pour le calcul.

§ 4 - Le montant calculé en application des § 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifié par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois du 2 janvier 2001 et du 19 juillet 2001.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées aux articles 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime mentionnée au § 2 continue à être versée pour autant que l'instituteur en chef adjoint dans une école primaire ne soit pas indemnisé par la mutualité. »

Art. 10. Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2022, il est inséré un chapitre VII*quaterdecies*, comportant l'article 91*quintagiessepties*, intitulé comme suit :

« Chapitre VII*quaterdecies* - Dispositions spécifiques pour les directeurs adjoints d'une académie des arts ».

Art. 11. Dans le chapitre VII*quaterdecies* du même arrêté royal, il est inséré un article 91*quintagiessepties* rédigé comme suit :

« Art. 91*quintagiessepties* - Principe

Par dérogation au chapitre VII, la fonction de directeur adjoint d'une académie des arts est attribuée sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement officiel subventionné. »

Art. 12. À l'article 121*septies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°,), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1° est complété par un o) et un p) rédigés comme suit :

« o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1° » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1° »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, le chef d'établissement nommé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir à une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10bis, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Pour un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le congé est placé sur lesdites activités. Ce congé est irréversible. Un chef d'établissement qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2°, le chef d'établissement qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Pour un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le congé est placé sur lesdites activités. Ce congé est irréversible. Un chef d'établissement qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 13. L'article 121*octies*, § 1^{er}, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Si, en raison d'un des types de congé, le chef d'établissement est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer de manière temporaire comme suit :

1° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, est entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction d'instituteur en chef adjoint dans une école primaire par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 91*quater*, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3°;

2° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction d'instituteur primaire;

3° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement secondaire, le remplacement est effectué dans la fonction de proviseur par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 91*quater*, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3°;

4° s'il s'agit d'un administrateur en internat, le remplacement est effectué dans la fonction de surveillant-éducateur d'un internat. »

Art. 14. À l'article 160, alinéa 3, du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 30 juin 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un *o*) rédigé comme suit :

« o) pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée. »

Art. 15. À l'article 161 du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 16 février 1983, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand);

3° (concerne le texte allemand);

4° dans le *d*), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

5° l'article est complété par un *e*) rédigé comme suit :

« e) lorsqu'il bénéficie d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

CHAPITRE 3. — *Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone*

Art. 16. À l'article 40, alinéa 2, de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, modifié en dernier lieu par le décret du 30 juin 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le *k*), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un *l*) rédigé comme suit :

« l) pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée. »

Art. 17. À l'article 42 du même arrêté royal, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand);

3° (concerne le texte allemand);

4° dans le *c*), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

5° l'article est complété par un *d*) rédigé comme suit :

« d) lorsqu'il bénéficie d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

CHAPITRE 4. — *Modification de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire*

Art. 18. L'article 21 de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire est remplacé par ce qui suit :

« Art. 21 - La durée totale du congé pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité ne peut dépasser cent vingt jours au cours d'une période de dix ans d'activité de service. »

Art. 19. L'article 22.1 du même arrêté royal, inséré par le décret du 16 janvier 2012, est abrogé.

CHAPITRE 5. — *Modification de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État*

Art. 20. Dans l'article 2, chapitre B), de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, il est inséré un 6.1° rédigé comme suit :

« 6.1° Instituteur en chef adjoint dans une école primaire ou directeur adjoint d'une école primaire autonome..... 422 ».

CHAPITRE 6. — *Modification de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux*

Art. 21. L'article 10, § 1^{er}, de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, remplacé par le décret du 25 juin 1996 et modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 6, les membres du personnel qui occupent une fonction de sélection et qui n'ont pas accès à la mise en disponibilité avant le 1^{er} septembre 2023 peuvent introduire leur demande jusqu'au 15 juillet 2023 s'ils souhaitent bénéficier de la mise en disponibilité au 1^{er} septembre 2023. »

Art. 22. À l'article 10bis du même arrêté royal, inséré par le décret du 6 juin 2005 et modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « ou de sélection » sont remplacés par les mots « , de sélection ou de promotion »;

2° le § 3 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les membres du personnel qui occupent une fonction de sélection ou de promotion et qui n'ont pas accès à la mise en disponibilité avant le 1^{er} septembre 2023 peuvent introduire leur demande jusqu'au 15 juillet 2023 s'ils souhaitent bénéficier de la mise en disponibilité au 1^{er} septembre 2023. »

CHAPITRE 7. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux*

Art. 23. L'article 6, § 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 28 juin 2021, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les membres du personnel qui occupent une fonction de sélection ou de promotion et qui n'ont pas accès à l'interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein avant le 1^{er} septembre 2023 peuvent introduire leur demande jusqu'au 15 juillet 2023 s'ils souhaitent bénéficier de ce type d'interruption de carrière au 1^{er} septembre 2023. »

CHAPITRE 8. — *Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées*

Art. 24. L'article 96 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« La mission d'un instituteur en chef adjoint dans une école primaire ou d'un directeur adjoint d'une école primaire autonome correspond à celle mentionnée à l'alinéa 1^{er} et comprend les tâches qui leur sont attribuées par le chef d'établissement dont ils sont les adjoints. »

CHAPITRE 9. — *Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné*

Art. 25. À l'article 62.7 du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°,), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1° est complété par un o) et un p) rédigés comme suit :

« o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1° » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1° »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, le chef de département engagé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir aux types de mise en disponibilité suivants :

1° une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10bis, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Ce congé est irréversible. Un chef de département qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

a) peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de ce type de mise en disponibilité partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps mentionné au 2°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées au 2° et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

b) passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

c) est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° une mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant une année scolaire au plus, conformément à l'article 10 de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'article 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984. Un chef de département qui recourt au présent type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite passe d'office, au terme d'une année scolaire, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2°, le chef de département qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Ce congé est irréversible. Un chef de département qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de cette interruption de carrière partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite mentionné à l'alinéa 3, 2°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'alinéa 3, 2°, et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

3° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 26. Dans l'article 62.13, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et remplacé par le décret du 18 juin 2018, les mots « 62.7, § 1^{er} et 2 » sont remplacés par les mots « 62.7, § 1^{er} et § 2, alinéas 1^{er} et 2 ».

Art. 27. L'article 62.31, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016 et modifié par le décret du 6 mai 2019, est complété par la phrase suivante :

« L'article 62.7, § 2, alinéas 3 et 4, ne s'applique qu'aux chefs d'atelier qui occupent cette fonction dans le cadre d'un horaire complet. »

Art. 28. Dans l'article 62.37, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 18 juin 2018 et modifié par le décret du 22 juin 2020, les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2 » sont remplacés par les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 29. Dans l'article 62.43 du même décret, inséré par le décret du 6 mai 2019 et modifié par le décret du 22 juin 2020, le mot « 62.8 » est remplacé par les mots « 62.6, 62.7, § 1^{er} et § 2, alinéas 1^{er} et 2, 62.8 ».

Art. 30. Dans l'article 62.44, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 22 juin 2020 et modifié par le décret du 28 juin 2021, les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2 » sont remplacés par les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 31. Dans l'article 62.49, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021, les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2 » sont remplacés par les mots « 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er} ».

Art. 32. Dans le titre I du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre IVterdecies, comportant les articles 62.53 et 62.54, intitulé comme suit :

« Chapitre IVterdecies - Dispositions spécifiques pour les directeurs adjoints d'une école primaire autonome ».

Art. 33. Dans le chapitre IVterdecies du même décret, il est inséré un article 62.53 rédigé comme suit :

« Art. 62.53 - Principe

Par dérogation au chapitre IV, la fonction de directeur adjoint d'une école primaire autonome est attribuée exclusivement sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 62.3 à 62.8 et 62.10 à 62.12 s'appliquent à la fonction de directeur adjoint d'une école primaire autonome. »

Art. 34. Dans le même chapitre, il est inséré un article 62.54 rédigé comme suit :

« Art. 62.54 - Traitement et prime

§ 1^{er} - Durant la désignation en tant que directeur adjoint d'une école primaire autonome, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 422 figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État.

§ 2 - Si une personne, désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée comme directeur adjoint d'une école primaire autonome, elle continue, par dérogation au § 1^{er}, à percevoir son traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$P = X - M$

P = la prime

X = le traitement mentionné au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel.

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

§ 3 - Si une personne, qui n'est pas désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée comme directeur adjoint d'une école primaire autonome, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er} servant de base pour le calcul.

§ 4 - Le montant calculé en application des § § 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifié par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois du 2 janvier 2001 et du 19 juillet 2001.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées aux articles 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime mentionnée au § 2 continue à être versée pour autant que le directeur adjoint d'une école primaire autonome ne soit pas indemnisé par la mutualité. »

Art. 35. Dans le titre I du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre IVquaterdecies, comportant l'article 62.55, intitulé comme suit :

« Chapitre IVquaterdecies - Dispositions spécifiques pour les directeurs adjoints d'une académie des arts ».

Art. 36. Dans le chapitre IV *quaterdecies* du même décret, il est inséré un article 62.55 rédigé comme suit :

« Art. 62.55 - Principe

Par dérogation au chapitre IV, la fonction de directeur adjoint d'une académie des arts est attribuée sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement officiel subventionné. »

Art. 37. À l'article 69.6 du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1^o,), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1^o est complété par un *o*) et un *p*) rédigés comme suit :

« o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1^o » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1^o »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, le chef d'établissement engagé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir à une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10*bis* de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10*bis*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Pour un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le congé est placé sur lesdites activités. Ce congé est irréversible. Un chef d'établissement qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, *i*), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2^o, le chef d'établissement qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Pour un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le congé est placé sur lesdites activités. Ce congé est irréversible. Un chef d'établissement qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, *i*), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 38. L'article 69.7, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Si, en raison d'un des types de congé, le titulaire de l'emploi est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer de manière temporaire comme suit :

1° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, est entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction de directeur adjoint d'une école primaire autonome par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.3, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3°;

2° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction d'instituteur primaire;

3° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement secondaire, le remplacement est effectué dans la fonction de sous-directeur par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.3, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3°;

4° s'il s'agit d'un administrateur en internat, le remplacement est effectué dans la fonction de surveillant-éducateur d'un internat. »

Art. 39. À l'article 75, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand);

3° au 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

4° l'article est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° lorsqu'il bénéficie d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

CHAPITRE 10. — *Modification du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003*

Art. 40. L'article 11.11, alinéa 2, du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003, inséré par le décret du 16 juillet 2012, est remplacé par ce qui suit :

« Si le membre du personnel désigné ou engagé à titre temporaire absent pour cause de maladie ou d'infirmité dispose de moins d'un jour de congé complet en application du présent chapitre, il se retrouve à charge de la mutualité jusqu'au jour où il reprend le service complètement. »

Art. 41. Dans l'article 11.13, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 16 juillet 2012, les mots « et qui a épuisé le nombre de jours de congé dont il peut bénéficier en vertu du présent chapitre, » sont remplacés par les mots « et qui dispose de moins d'un jour de congé complet en application du présent chapitre ».

Art. 42. L'article 11.18, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, est complété par la phrase suivante :

« Le présent chapitre s'applique également aux membres du personnel mentionnés à l'article 11.1 qui sont désignés ou engagés à titre temporaire et qui disposent d'au moins trente jours de congé pour cause de maladie. »

Art. 43. Dans l'article 11.19 du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et modifié par le décret du 22 juin 2020, il est inséré entre les alinéas 4 et 5, qui devient l'alinéa 6, un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa précédent, pour ce qui concerne les membres du personnel désignés ou engagés à titre temporaire, la réintégration prend fin dès que le membre du personnel concerné dispose de moins d'un jour de congé complet pour cause de maladie. »

Art. 44. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre III.3, comportant les articles 11.20 et 11.21, intitulé comme suit :

« Chapitre III.3 - Congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée ».

Art. 45. Dans le chapitre III.3 du même décret, il est inséré un article 11.20 rédigé comme suit :

« *Art. 11.20* - Le présent chapitre s'applique aux membres du personnel mentionnés à l'article 11.1 qui sont nommés ou engagés à titre définitif ou bien sont désignés ou engagés à titre temporaire pour plus de la moitié d'un horaire complet.

Pour l'application du présent chapitre, l'on entend par médecin-contrôleur le médecin compétent conformément à l'article 3 du décret du 5 février 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie des membres du personnel des établissements d'enseignement et centres PMS organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone. »

Art. 46. Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.21 rédigé comme suit :

« *Art. 11.21* - § 1^{er} - À sa demande, le membre du personnel qui a été absent pour une période ininterrompue d'au moins quarante-deux jours calendrier pour cause de maladie ou d'infirmité et qui dispose d'au moins trente jours de congé pour cause de maladie peut reprendre le service à temps partiel, pour autant qu'il transmette au médecin-contrôleur un certificat du médecin traitant allant en ce sens ainsi qu'un plan de réintégration établi par le médecin traitant et qu'aussi bien le médecin-contrôleur que le pouvoir organisateur marquent leur accord quant à la réintégration professionnelle.

Le plan de réintégration comprend au moins les éléments suivants :

1° le pourcentage du volume d'heures hebdomadaire à prester par le membre du personnel au cours de la période de réintégration;

2° les dates de début et de fin de la période de réintégration correspondante;

3° la date à laquelle le membre du personnel sera vraisemblablement à nouveau en mesure de reprendre le service complètement.

§ 2 - Pendant la réintégration, le membre du personnel preste au moins la moitié d'un horaire complet. Si la fraction de la réduction ne donne pas un chiffre rond, elle est arrondie à l'unité supérieure pour ce qui concerne les membres du personnel relevant de la catégorie du personnel enseignant, à l'exception des pédagogues de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire et du personnel enseignant occupé auprès de la haute école autonome.

La période de réintégration s'étend sur une période d'au moins un mois et d'au plus trois mois. Sur la proposition du médecin traitant et avec l'accord du médecin-contrôleur et du pouvoir organisateur, la période de réintégration peut être prolongée, aussi souvent que nécessaire, de périodes supplémentaires d'une durée maximale de trois mois chacune, pour autant que le membre du personnel dispose d'un nombre suffisant de jours de congé pour cause de maladie pour couvrir ces périodes conformément au § 3, alinéa 2. Une modification du pourcentage du volume d'heures hebdomadaire à prester par le membre du personnel a lieu sur la proposition du médecin traitant à chaque fois au début d'une prolongation de la période de réintégration.

§ 3 - Le membre du personnel qui reprend le service à temps partiel en application du § 1^{er}, alinéa 1^{er}, se trouve, pour les heures non prestées, en congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée. Le congé est rémunéré et assimilé à une activité de service.

Pendant le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée, le membre du personnel qui preste au moins 75% d'un horaire complet se voit déduire un quart de jour de congé pour cause de maladie par jour calendrier. Un membre du personnel qui preste moins de 75% d'un horaire complet pendant le congé se voit déduire un demi-jour de congé pour cause de maladie par jour calendrier.

Par dérogation à l'alinéa 2, le membre du personnel qui, à la suite d'un accident du travail, d'un accident sur le chemin du travail ou d'une maladie professionnelle, prend le présent congé avec l'accord du service de santé administratif ne se voit pas déduire de jours de congé pour cause de maladie pendant ledit congé.

§ 4 - La réintégration peut être interrompue prématurément sur l'initiative du membre du personnel, du médecin traitant ou du médecin-contrôleur.

Le congé prend fin d'office dans les cas suivants :

1° lorsque le membre du personnel se retrouve à charge de la mutualité en application de l'article 11.11 ou est mis en disponibilité pour cause de maladie ou d'infirmité en application de l'article 11.13;

2° lorsque le médecin-contrôleur et/ou le pouvoir organisateur ne font pas droit à la demande de prolongation de la période de réintégration en vertu du § 2, alinéa 2;

3° lorsque la désignation ou l'engagement à titre temporaire du membre du personnel prend fin ou lorsqu'il est mis fin à la nomination ou à l'engagement à titre définitif du membre du personnel. »

Art. 47. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre III.4, comportant les articles 11.22 et 11.23, intitulé comme suit :

« Chapitre III.4 - Absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité ».

Art. 48. Dans le chapitre III.4 du même décret, il est inséré un article 11.22 rédigé comme suit :

« *Art. 11.22* - Le présent chapitre s'applique aux membres du personnel désignés ou engagés à titre temporaire mentionnés à l'article 11.1. »

Art. 49. Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.23 rédigé comme suit :

« *Art. 11.23* - Un membre du personnel désigné ou engagé à titre temporaire qui est absent pour cause de maladie ou d'infirmité et se trouve à charge de la mutualité en application de l'article 11.11, alinéa 2, peut, à sa demande et avec l'autorisation du médecin-conseil de la mutualité, reprendre le service à temps partiel, pour autant qu'il présente au pouvoir organisateur l'autorisation délivrée par ledit médecin-conseil précisant le pourcentage du volume d'heures à prester par le membre du personnel ainsi que les dates de début et de fin de l'occupation à temps partiel, et que le pouvoir organisateur marque son accord avec la reprise du service à temps partiel. L'occupation à temps partiel peut être prolongée de périodes supplémentaires avec l'autorisation correspondante du médecin-conseil et l'accord du pouvoir organisateur.

Le membre du personnel qui reprend le service à temps partiel en application de l'alinéa 1^{er} se trouve, pour les heures non prestées, en absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. L'absence n'est pas rémunérée et est assimilée à une non-activité de service.

L'absence prend fin d'office lorsque la désignation ou l'engagement à titre temporaire du membre du personnel prend fin. »

Art. 50. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre III.5, comportant les articles 11.24 à 11.30, intitulé comme suit :

« Chapitre III.5 - Confidentialité et protection des données ».

Art. 51. Dans le chapitre III.5 du même décret, il est inséré un article 11.24 rédigé comme suit :

« *Art. 11.24* - Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement et les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission. »

Art. 52. Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.25 rédigé comme suit :

« *Art. 11.25* - Sans préjudice de l'article 11.26, le Gouvernement est réputé responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 11.27 au sens de l'article 4, 7), du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE.

Le Gouvernement traite les données à caractère personnel en vue de l'exécution des missions mentionnées dans le présent décret. Il ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice desdites missions décrétales.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect des dispositions légales applicables en matière de protection des données. »

Art. 53. Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.26 rédigé comme suit :

« *Art. 11.26* - Le traitement des données relatives à la santé des personnes concernées s'effectue sous la responsabilité du médecin-contrôleur, compétent conformément à l'article 3 du décret du 5 février 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie des membres du personnel des établissements d'enseignement et centres PMS organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone. »

Art. 54. Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.27 rédigé comme suit :

« *Art. 11.27* - Pour exécuter leurs missions conformément à l'article 11.25, alinéa 2, le Gouvernement et les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret peuvent traiter les données à caractère personnel des catégories suivantes :

- 1° les données relatives à l'identité et à la date de naissance ainsi que les données de contact;
- 2° les données relatives à la relation de travail et au traitement;
- 3° les données relatives à la santé.

Le Gouvernement peut préciser les catégories de données. »

Art. 55. Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.28 rédigé comme suit :

« *Art. 11.28* - Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires prévoyant, le cas échéant, un délai de conservation plus long, les données mentionnées à l'article 11.27 sont conservées pendant dix ans après la cessation des fonctions. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai. »

Art. 56. Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.29 rédigé comme suit :

« *Art. 11.29* - Afin d'établir des analyses et des statistiques, le Gouvernement a recours à des données anonymes. »

Art. 57. Dans le même chapitre, il est inséré un article 11.30 rédigé comme suit :

« *Art. 11.30* - Le cas échéant, le Gouvernement fixe les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel prévu par le présent chapitre. »

CHAPITRE 11. — *Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés*

Art. 58. À l'article 56.6 du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1° *m*), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1° est complété par un *n*) et un *o*) rédigés comme suit :

« *n*) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

o) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1° » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1° »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, le secrétaire administratif en chef engagé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir aux types de mise en disponibilité suivants :

1° une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10*bis* de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10*bis*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Ce congé est irréversible. Un secrétaire administratif en chef qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

a) peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de ce type de mise en disponibilité partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps mentionné au 2°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées au 2° et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

b) passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, *i*), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

c) est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° une mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant une année scolaire au plus, conformément à l'article 10 de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'article 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984. Un secrétaire administratif en chef qui recourt au présent type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite passe d'office, au terme d'une année scolaire, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, *i*), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2°, le secrétaire administratif en chef qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Ce congé est irréversible. Un secrétaire administratif en chef qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de cette interruption de carrière partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite mentionné à l'alinéa 3, 2°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'alinéa 3, 2°, et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, *i*), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

3° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 59. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre *IVquaterdecies*, comportant l'article 56.23, intitulé comme suit :

« Chapitre *IVquaterdecies* - Dispositions spécifiques pour les directeurs adjoints d'une école primaire autonome ».

Art. 60. Dans le chapitre *IVquaterdecies* du même décret, il est inséré un article 56.23 rédigé comme suit :

« Art. 56.23 - Par dérogation au chapitre *IV*, la fonction de directeur adjoint d'une école primaire autonome est attribuée exclusivement sous la forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement libre subventionné. »

Art. 61. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 27 juin 2022, il est inséré un chapitre *IVquinquiesdecies*, comportant les articles 56.24 et 56.25, intitulé comme suit :

« Chapitre *IVquinquiesdecies* - Dispositions spécifiques pour les directeurs adjoints d'une académie des arts ».

Art. 62. Dans le chapitre *IVquinquiesdecies* du même décret, il est inséré un article 56.24 rédigé comme suit :

« Art. 56.24 - Principe

Par dérogation au chapitre *IV*, les articles 56.2 à 56.7 et 56.9 à 56.11 s'appliquent à la fonction de directeur adjoint d'une académie des arts. »

Art. 63. Dans le même chapitre, il est inséré un article 56.25 rédigé comme suit :

" Art. 56.25 - Traitement et prime

§ 1^{er} - Durant l'exercice de la fonction en tant que directeur adjoint d'une académie des arts, le membre du personnel perçoit un traitement calculé sur la base de l'échelle de traitement 422/I figurant dans l'annexe de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement de l'État, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du

personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et fixant les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'État, plus une prime mensuelle de 400 euros.

Dans le cas d'une occupation à temps partiel, le montant de la prime mentionné à l'alinéa 1^{er} est réduit proportionnellement à l'occupation.

§ 2 - Si une personne, désignée pour une durée indéterminée conformément à l'article 22bis ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée comme directeur adjoint d'une académie des arts, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément au traitement et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit :

$$P = X - M$$

P = la prime

X = le traitement mentionné au § 1^{er}

M = le traitement mensuel brut du membre du personnel.

La prime est liquidée en même temps que le traitement mensuel et aux mêmes conditions.

§ 3 - Si une personne, qui n'est pas désignée pour une durée indéterminée ou nommée à titre définitif dans une autre fonction dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, est désignée comme directeur adjoint d'une académie des arts, elle perçoit le pécule de vacances et une prime de fin d'année conformément aux dispositions valables dans l'enseignement, le montant mentionné au § 1^{er} servant de base pour le calcul.

§ 4 - Le montant calculé en application des § § 1^{er} et 2 est soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation conformément à la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public, modifié par les arrêtés royaux n° 178 du 30 décembre 1982 et du 24 décembre 1993 et les lois des 2 janvier 2001 et 19 juillet 2001.

Lors d'un congé pour cause de maladie ou d'infirmité ainsi que lors d'un congé de maternité ou d'une des absences liées à la maternité mentionnées aux articles 42 à 43bis de la loi sur le travail du 16 mars 1971, la prime mentionnée au § 2 continue à être versée pour autant que le sous-directeur ou le proviseur ne soit pas indemnisé par la mutualité. »

Art. 64. À l'article 64.6 du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°,), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1° est complété par un o) et un p) rédigés comme suit :

« o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1° » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1° »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, le directeur d'une académie des arts nommé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir à une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10bis, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Ce congé est irréversible. Un directeur d'une académie des arts qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2°, le directeur d'une académie des arts qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Ce congé est irréversible. Un directeur d'une académie des arts qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 65. L'article 64.7, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Si, en raison d'un des types de congé, le directeur d'une académie des arts est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer dans la fonction de directeur adjoint d'une académie des arts par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 56.2, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3°. »

Art. 66. À l'article 64.17 du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010 et modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°,), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, le 1° est complété par un o) et un p) rédigés comme suit :

« o) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « alinéa 1^{er}, 1° » sont remplacés par les mots « alinéa 2, 1° »;

4° le § 2 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, le chef d'établissement nommé à titre définitif qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir à une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il puisse prétendre, sans préjudice de l'article 10bis, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Pour un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le congé est placé sur lesdites activités. Ce congé est irréversible. Un chef d'établissement qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public.

Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2, 2°, le chef d'établissement qui a au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Pour un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le congé est placé sur lesdites activités. Ce congé est irréversible. Un chef d'établissement qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au § 1^{er}, alinéa 2, 1°, i), pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 67. L'article 64.18, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021, est remplacé par ce qui suit :

« Si, en raison d'un des types de congé, le titulaire de l'emploi est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer de manière temporaire comme suit :

1° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, est entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction de directeur adjoint d'une école primaire autonome par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.3, alinéa 1^{er}, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, à l'exception du 3°;

2° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement fondamental qui, en application de l'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, n'est pas entièrement libéré de ses activités d'enseignement, le remplacement est effectué dans la fonction d'instituteur primaire;

3° s'il s'agit d'un chef d'établissement d'enseignement secondaire, le remplacement est effectué dans la fonction de sous-directeur par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.3, alinéa 1^{er}, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, à l'exception du 3°;

4° s'il s'agit d'un administrateur en internat, le remplacement est effectué dans la fonction de surveillant-éducateur d'un internat. »

Art. 68. À l'article 73, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° (concerne le texte allemand);

3° au 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

4° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° lorsqu'il bénéficie d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

CHAPITRE 12. — Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome

Art. 69. À l'article 5.46, alinéa 1^{er}, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° lorsqu'il bénéficie d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

Art. 70. À l'article 5.92, 1^o, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o le 1^o est complété par les *o*) et *p*) rédigés comme suit :

« *o*) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

Art. 71. À l'article 5.98, alinéa 3, 1^o, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o le 1^o est complété par les *o*) et *p*) rédigés comme suit :

« *o*) le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

p) l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

Art. 72. À l'article 5.99, § 1^{er}, du même décret, remplacé par le décret du 27 juin 2011, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa unique, le mot « absent » est remplacé par les mots « absent à temps plein »;

2^o le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si, en raison d'un des types de congé, le directeur est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer dans la fonction d'adjoint par une personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 5.105.1, à l'exception du 4^o. »

CHAPITRE 13. — *Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant*

Art. 73. L'article 111.3, § 1^{er}, alinéa 3, 4^o, du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, inséré par le décret du 19 avril 2010, est complété par un *c*) rédigé comme suit :

« *c*) 85% à partir de 2024 ».

CHAPITRE 14. — *Modification du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit*

Art. 74. L'article 74 du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« La mission d'un directeur adjoint d'une académie des arts correspond à celle mentionnée à l'alinéa 1^{er} et comprend les tâches qui lui sont attribuées par le directeur de l'académie des arts dont il est l'adjoint. »

CHAPITRE 15. — *Modification du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration*

Art. 75. À l'article 22 du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, 17^o, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o l'alinéa 1^{er} est complété par des 18^o à 20^o rédigés comme suit :

« 18^o le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

19^o l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité;

20^o une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10*bis* de l'arrêté royal n^o 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant que le membre du personnel, sans préjudice de l'article 10*bis*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n^o 297 du 31 mars 1984, ait au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question et qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Ce congé est irréversible. Un membre du personnel qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

a) passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au 9^o, pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

b) est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »;

3^o dans l'alinéa 2, le mot « 17^o » est remplacé par le mot « 20^o »;

4^o l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 3, le directeur, l'inspecteur scolaire, le conseiller en développement scolaire ou l'adjoint est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il ait au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question et qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Ce congé est irréversible. Un directeur, inspecteur scolaire, conseiller en développement scolaire ou un adjoint qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1^o passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au 9^o, pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

CHAPITRE 16. — *Modification du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes*

Art. 76. À l'article 6.52, alinéa 1^{er}, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° lorsqu'il bénéficie d'une absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité. »

Art. 77. À l'article 6.84, § 2, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 17°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 1^{er} est complété par des 18° à 21° rédigés comme suit :

« 18° le congé pour prestations réduites aux fins de la réintégration professionnelle à la suite d'une maladie de longue durée;

19° l'absence pour prestations réduites en cas de maladie ou d'infirmité;

20° une mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant deux années scolaires au plus, conformément à l'article 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant que le coordinateur ou le chef d'antenne, sans préjudice de l'article 10bis, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, ait au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question et qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de la mise en disponibilité. Ce congé est irréversible. Un coordinateur ou un chef d'antenne qui recourt au présent type de mise en disponibilité partielle pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite :

a) peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de ce type de mise en disponibilité partielle au type de mise en disponibilité à mi-temps mentionné au 21°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées au 21° et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

b) passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au 9°, pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

c) est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

21° une mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite, et ce, pendant une année scolaire au plus, conformément à l'article 10 de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'article 10, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984. Un coordinateur ou un chef d'antenne qui recourt au présent type de mise en disponibilité à mi-temps pour convenances personnelles précédant la mise à la retraite passe d'office, au terme d'une année scolaire, au type de mise en disponibilité complète mentionné au 9°, pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »;

3° dans l'alinéa 2, le mot « 17° » est remplacé par le mot « 20° », et l'alinéa est complété par la phrase suivante :

« Le directeur n'est pas autorisé à passer en mise en disponibilité à mi-temps mentionnée au 21°, comme le prévoit le 20°, a. »;

4° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 3, le directeur, le coordinateur ou le chef d'antenne est autorisé à recourir, pendant deux années scolaires au plus, à une interruption de carrière partielle d'un cinquième d'un temps plein, pour autant qu'il ait au moins cinquante-huit ans accomplis au plus tard le 31 décembre de l'année en question et qu'il puisse prétendre à une pension de retraite à charge du Trésor public au plus tard cinquante-deux mois à compter du jour suivant le premier jour de l'interruption de carrière. Ce congé est irréversible. Un coordinateur ou un chef d'antenne qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle peut, à sa demande et au terme d'une année scolaire, passer de cette interruption de carrière au type de mise en disponibilité à mi-temps mentionné à l'alinéa 1^{er}, 21°, pour autant qu'il remplisse les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 21°, et qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. Un directeur, coordinateur ou chef d'antenne qui recourt à ce type d'interruption de carrière partielle :

1° passe d'office, au plus tard au terme de deux années scolaires, au type de mise en disponibilité complète mentionné au 9°, pour autant qu'il ne puisse pas encore prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public;

2° est mis d'office à la retraite au plus tard au terme de deux années scolaires, pour autant qu'il puisse prétendre, à ce moment-là, à une pension à charge du Trésor public. »

Art. 78. À l'article 6.85, § 1^{er}, du même décret, modifié par les décrets des 26 février 2018 et 18 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « absent » est remplacé par les mots « absent à temps plein »;

2° le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si, en raison d'un des types de congé, le directeur est temporairement absent, dans le cadre d'un temps partiel, le pouvoir organisateur peut le remplacer dans la fonction d'adjoint. »

CHAPITRE 17. — *Entrée en vigueur*

Art. 79. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2023, à l'exception de l'article 75, qui entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 24 avril 2023.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

La Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG,

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—————
Note

Documents parlementaires : 256 (2022-2023) n° 1 Projet de décret

256 (2022-2023) n° 2 Rapport

256 (2022-2023) n° 3 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 24 avril 2023 - n° 57 Discussion et vote

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2023/204839]

24 APRIL 2023. — Decreet houdende maatregelen ter versterking van het welzijn van het personeel in het onderwijs

Artikel 1. In artikel 6 van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel, alsook administratief personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder B), b), wordt aangevuld met een bepaling onder 6.1, luidende:

"6.1. adjunct-hoofdonderwijzer van een lagere school of adjunct-directeur van een autonome lagere school;"

2° de bepaling onder G), b), wordt vervangen als volgt:

"b) selectieambten

30. adjunct-directeur van een kunstacademie"

3° de bepaling onder G) wordt aangevuld met een bepaling onder c), luidende:

"c) bevorderingsambten

31. directeur van een kunstacademie".

HOOFDSTUK 2. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs*

Art. 2. In artikel 91octies van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 1°,), wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° § 1, tweede lid, 1°, wordt aangevuld met de bepalingen onder o) en p), luidende:

"o) verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte;

p) afwezigheid voor verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid."

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "eerste lid, 1°," vervangen door de woorden "tweede lid, 1°,";

4° paragraaf 2 wordt aangevuld met een derde en vierde lid, luidende:

"In afwijking van § 1, tweede lid, 1°, mag een vastbenoemd departementshoofd dat uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, een beroep doen op volgende vormen van terbeschikkingstelling:

1° gedurende hoogstens twee schooljaren een aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10*bis* van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover betrokkene, zonder afbreuk te doen aan artikel 10*bis*, § 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984, uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van terbeschikkingstelling, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Dat verlof is onomkeerbaar. Een departementshoofd dat gebruik maakt van die vorm van aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden:

a) kan die vorm van deeltijdse terbeschikkingstelling, na afloop van één schooljaar, op verzoek omzetten in de vorm van halftijdse terbeschikkingstelling vermeld in 2°, voor zover betrokkene voldoet aan de voorwaarden vermeld in 2° en op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

b) schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, *i*), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

c) wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° gedurende hoogstens één schooljaar een aan de pensionering voorafgaande, halftijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10 van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover betrokkene voldoet aan de voorwaarden gesteld in artikel 10, § 1, eerste lid, van het voormelde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984. Een departementshoofd dat een beroep doet op die vorm van aan de pensionering voorafgaande, halftijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden, schakelt na afloop van één schooljaar van ambtswege over op de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, *i*), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist.

In afwijking van § 1, tweede lid, 2°, mag een departementshoofd dat uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, gedurende hoogstens twee schooljaren een deeltijdse loopbaanonderbreking ten belope van één vijfde van een voltijdse betrekking opnemen, voor zover betrokkene uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van de loopbaanonderbreking, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Dat verlof is onomkeerbaar. Een departementshoofd dat een beroep doet op die vorm van deeltijdse loopbaanonderbreking:

1° kan die deeltijdse loopbaanonderbreking, na afloop van één schooljaar, op verzoek omzetten in een aan de pensionering voorafgaande, halftijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden vermeld in het derde lid, 2°, voor zover betrokkene voldoet aan de voorwaarden vermeld in het derde lid, 2°, en op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, *i*), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

3° wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist."

Art. 3. In artikel 91*quaterdecies*, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 24 juni 2013 en vervangen bij het decreet van 18 juni 2018, worden de woorden "91*octies*, § § 1 en 2," vervangen door de woorden "91*octies*, § 1 en § 2, eerste en tweede lid".

Art. 4. Artikel 91*triciester*, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 20 juni 2016 en gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Artikel 91*octies*, § 2, derde en vierde lid, is alleen van toepassing op werkmeesters die dat ambt in het kader van een voltijds uurrooster uitoefenen."

Art. 5. In artikel 91*undequadragies*, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 18 juni 2018 en gewijzigd bij het decreet van 22 juni 2020, worden de woorden "91*octies*, § 1, eerste lid, en § 2," vervangen door de woorden "91*octies*, § 1, eerste lid, en § 2, eerste lid,".

Art. 6. In artikel 91*quadragiesquinquies* van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019 en gewijzigd bij het decreet van 22 juni 2020, wordt het woord "91*nonies*" vervangen door de woorden "91*septies*, 91*octies*, § 1 en § 2, eerste en tweede lid, 91*nonies*".

Art. 7. In artikel 91*quadragiessexies*, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 22 juni 2020, worden de woorden "artikel 91*octies*, § 1, eerste lid, en § 2," vervangen door de woorden "artikel 91*octies*, § 1, eerste lid, en § 2, eerste lid,".

Art. 8. In artikel 91*quintagiessemel*, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de woorden "artikel 91*octies*, § 1, eerste lid, en § 2," vervangen door de woorden "artikel 91*octies*, § 1, eerste lid, en § 2, eerste lid,".

Art. 9. In hetzelfde koninklijk besluit, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2022, wordt een hoofdstuk VII*terdecies* ingevoegd, dat de artikelen 91*quintagiesquinquies* en 91*quintagiessexies* omvat, luidende:

"Hoofdstuk VII*terdecies*. — *Bijzondere bepalingen voor adjunct-hoofdonderwijzers van een lagere school*"

Art. 10. In hoofdstuk VII*terdecies* van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*quintagiesquinquies* ingevoegd, luidende:

"Art. 91*quintagiesquinquies*. — *Principe*

In afwijking van hoofdstuk VII wordt het ambt van adjunct-hoofdonderwijzer van een lagere school uitsluitend toegewezen in de vorm van een aanstelling en een vaste benoeming, overeenkomstig de onderstaande bepalingen.

De artikelen 91^{quater} tot 91^{nonies} en 91^{undecies} tot 91^{terdecies} zijn van toepassing op het ambt van adjunct-hoofdonderwijzer van een lagere school.”

Art. 11. Hetzelfde hoofdstuk wordt aangevuld met een artikel 91^{quintagiessexies}, luidende:

”Art. 91^{quintagiessexies}. — *Wedde en premie*

§ 1. -Tijdens de aanstelling als adjunct-hoofdonderwijzer van een lagere school ontvangt het personeelslid een wedde op basis van de weddeschaal 422 vermeld in de bijlage van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgesteld de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch en psychosociaal personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat.

§ 2. -Wordt een persoon die in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs in een ander ambt voor doorlopende duur aangesteld of vast benoemd is, als adjunct-hoofdonderwijzer van een lagere school aangewezen, dan ontvangt hij, in afwijking van § 1, verder zijn wedde, evenals, ter compensatie, een maandelijks premie die als volgt wordt berekend:

$$P = X - M$$

P = de premie

X = de in § 1 bedoelde wedde

M = de maandelijks brutowedde van het personeelslid.

De premie wordt gelijktijdig met de maandelijks wedde en onder dezelfde voorwaarden uitbetaald.

§ 3. - Wordt een persoon die niet in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs in een ander ambt voor doorlopende duur aangesteld of vast benoemd is, als adjunct-hoofdonderwijzer van een lagere school aangewezen, dan ontvangt hij vakantiegeld en een eindejaarspremie overeenkomstig de bepalingen die in het onderwijs gelden, waarbij het in § 1 vermelde bedrag als berekeningsbasis dient.

§ 4. - Het bedrag dat met toepassing van de § § 1 en 2 wordt berekend, is gekoppeld aan de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen, overeenkomstig de wet van 1 maart 1977 houdende inrichting van een stelsel waarbij sommige uitgaven in de overheidssector aan het indexcijfer van de consumptieprijzen van het Rijk worden gekoppeld, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 178 van 30 december 1982, het koninklijk besluit van 24 december 1993 en de wetten van 2 januari 2001 en 19 juli 2001.

In geval van verlof wegens ziekte of gebrekkigheid, tijdens een bevallingsverlof en tijdens de afwezigheden in het kader van een geboorte vermeld in de artikelen 42 tot 43^{bis} van de Arbeidswet van 16 maart 1971 wordt de premie vermeld in § 2 verder uitbetaald, voor zover de adjunct-hoofdonderwijzer van een lagere school niet door het ziekenfonds wordt vergoed.”

Art. 12. In hetzelfde koninklijk besluit, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2022, wordt een hoofdstuk VII^{quaterdecies} ingevoegd, dat artikel 91^{quintagiessepties} omvat, luidende:

”Hoofdstuk VII^{quaterdecies}. — *Bijzondere bepalingen voor adjunct-directeurs van een kunstacademie*”

Art. 13. In hoofdstuk VII^{quaterdecies} van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91^{quintagiessepties} ingevoegd, luidende:

”Art. 91^{quintagiessepties}. — *Principe*

In afwijking van hoofdstuk VII wordt het ambt van adjunct-directeur van een kunstacademie toegewezen in de vorm van een aanstelling en in de vorm van een vaste benoeming overeenkomstig de voorwaarden die gelden in het gesubsidieerd officieel onderwijs.”

Art. 14. In artikel 121^{septies} van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 1°,), wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° § 1, tweede lid, 1°, wordt aangevuld met de bepalingen onder o) en p), luidende:

”o) verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte;

p) afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid.”

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden ”eerste lid, 1°,” vervangen door de woorden ”tweede lid, 1°,”;

4° paragraaf 2 wordt aangevuld met een derde en vierde lid, luidende:

”In afwijking van § 1, tweede lid, 1°, mag een vastbenoemd inrichtingshoofd dat uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, gedurende hoogstens twee schooljaren een beroep doen op een aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10^{bis} van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover betrokkene, zonder afbreuk te doen aan artikel 10^{bis}, § 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984, uiterlijk binnen maximaal 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van terbeschikkingstelling, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Bij het schoolhoofd van een basisschool dat met toepassing van artikel 42, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs niet helemaal is vrijgesteld van het lesgeven, heeft de verlofvorm betrekking op zijn activiteit als lesgever. Dat verlof is onomkeerbaar. Een inrichtingshoofd dat gebruik maakt van die vorm van aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden:

1° schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, i), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist.

In afwijking van § 1, tweede lid, 2°, mag een inrichtingshoofd dat uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, gedurende hoogstens twee schooljaren een deeltijdse loopbaanonderbreking ten belope van één vijfde van een voltijdse betrekking opnemen, voor zover betrokkene uiterlijk binnen 52 maanden,

te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van de loopbaanonderbreking, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Bij het schoolhoofd van een basisschool dat met toepassing van artikel 42, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs niet helemaal is vrijgesteld van het lesgeven, heeft de verlofvorm betrekking op zijn activiteit als lesgever. Dat verlof is onomkeerbaar. Een inrichtingshoofd dat een beroep doet op die vorm van deeltijdse loopbaanonderbreking:

1° schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, eerste lid, 1°, *i*), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist.”

Art. 15. Artikel 121^{octies}, § 1, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2021, wordt vervangen als volgt:

”Als het inrichtingshoofd op grond van een verlofvorm tijdelijk deeltijds afwezig is, kan de inrichtende macht hem als volgt tijdelijk vervangen:

1° als het gaat om het schoolhoofd van een basisschool dat met toepassing van artikel 42, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs volledig vrijgesteld is van het lesgeven, geschiedt de vervanging in het ambt van adjunct-hoofdonderwijzer van een lagere school door een persoon die voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 91^{quater}, eerste lid, met uitzondering van de bepaling onder 3°;

2° als het gaat om het schoolhoofd van een basisschool dat met toepassing van artikel 42, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs niet helemaal is vrijgesteld van het lesgeven, geschiedt de vervanging in het ambt van onderwijzer voor het lager onderwijs;

3° als het gaat om het inrichtingshoofd van een secundaire school, geschiedt de vervanging in het ambt van provisor door een persoon die voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 91^{quater}, eerste lid, met uitzondering van de bepaling onder 3°;

4° als het gaat om een internaatbeheerder, geschiedt de vervanging in het ambt van studiemeester-opvoeder in een internaat.”

Art. 16. - In artikel 160, derde lid, van hetzelfde koninklijk besluit, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 30 juni 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder *n*) wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° het derde lid wordt aangevuld met een bepaling onder *o*), luidende:

”o) verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte.”

Art. 17. In artikel 161 van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 16 februari 1983, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin wordt de puntkomma vervangen door een dubbele punt;

2° (geldt alleen voor het Duits);

3° (geldt alleen voor het Duits);

4° in de bepaling onder *d*) wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

5° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder *e*), luidende:

”e) wanneer hem een afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid is toegekend.”

HOOFDSTUK 3. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 18. In artikel 40, tweede lid, van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 30 juni 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder *k*) wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° het tweede lid wordt aangevuld met een bepaling onder *l*), luidende:

”l) verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte.”

Art. 19. In artikel 42 van hetzelfde koninklijk besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor het Duits);

2° (geldt alleen voor het Duits);

3° (geldt alleen voor het Duits);

4° in de bepaling onder *c*) wordt de punt vervangen door een komma;

5° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder *d*), luidende:

”d) wanneer hem een afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid is toegekend.”

HOOFDSTUK 4. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs*

Art. 20. Artikel 21 van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs wordt vervangen als volgt:

”Art. 21. — De totale duur van het verlof voor verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid mag niet meer dan 120 dagen per periode van tien jaar actieve dienst bedragen.”

Art. 21. Artikel 22.1 van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 16 januari 2012, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 5. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgelegd de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch en psychosociaal personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst, belast met het toezicht op deze inrichtingen en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat*

Art. 22. - In artikel 2, hoofdstuk B, van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgelegd de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch en psychosociaal personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst, belast met het toezicht op deze inrichtingen en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, wordt een bepaling onder 6.1. ingevoegd, luidende:

“6.1. adjunct-hoofdonderwijzer van een lagere school of adjunct-directeur van een autonome lagere school 422”.

HOOFDSTUK 6. — *Wijziging van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra*

Art. 23. Artikel 10, § 1, van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, vervangen bij het decreet van 25 juni 1996 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2022, wordt aangevuld met een negende lid, luidende:

“In afwijking van het zesde lid kunnen personeelsleden die een selectieambt bekleden en vóór 1 september 2023 nog niet in aanmerking komen voor de terbeschikkingstelling, de aanvraag tot en met 15 juli 2023 indienen, als ze met ingang van 1 september 2023 aanspraak willen maken op de terbeschikkingstelling.”

Art. 24. In artikel 10bis van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 6 juni 2005 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden “of selectieambt” vervangen door de woorden “, selectie- of bevorderingsambt”;

2° paragraaf 3 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“In afwijking van het eerste lid kunnen personeelsleden die een selectie- of bevorderingsambt bekleden en vóór 1 september 2023 nog niet in aanmerking komen voor de terbeschikkingstelling, de aanvraag tot en met 15 juli 2023 indienen, als ze met ingang van 1 september 2023 aanspraak willen maken op de terbeschikkingstelling.”

HOOFDSTUK 7. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra*

Art. 25. Artikel 6, § 1, van het besluit van de Regering van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

“In afwijking van het eerste lid kunnen personeelsleden die een selectie- of bevorderingsambt bekleden en vóór 1 september 2023 nog niet in aanmerking komen voor de deeltijdse loopbaanonderbreking ten belope van één vijfde van een voltijdse betrekking, de aanvraag tot en met 15 juli 2023 indienen, als ze met ingang van 1 september 2023 aanspraak willen maken op die vorm van loopbaanonderbreking.”

HOOFDSTUK 8. — *Wijziging van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen*

Art. 26. Artikel 96 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2022, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“De opdracht van een adjunct-hoofdonderwijzer van een lagere school of een adjunct-directeur van een autonome lagere school stemt overeen met de opdracht vermeld in het eerste lid en omvat de taken die het inrichtingshoofd aan wie hij ter ondersteuning is toegevoegd, hem opdraagt.”

HOOFDSTUK 9. — *Wijziging van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum*

Art. 27. In artikel 62.7 van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 1°,), wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° § 1, tweede lid, 1°, wordt aangevuld met de bepalingen onder o) en p), luidende:

“o) verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte;

p) afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid.”

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden “eerste lid, 1°,” vervangen door de woorden “tweede lid, 1°,”;

4° paragraaf 2 wordt aangevuld met een derde en vierde lid, luidende:

“In afwijking van § 1, tweede lid, 1°, mag een definitief aangesteld departementshoofd dat uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, een beroep doen op volgende vormen van terbeschikkingstelling:

1° gedurende hoogstens twee schooljaren een aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10bis van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs

en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover betrokkene, zonder afbreuk te doen aan artikel 10*bis*, § 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984, uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van terbeschikkingstelling, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Dat verlof is onomkeerbaar. Een departementshoofd dat gebruik maakt van die vorm van aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden:

a) kan die vorm van deeltijdse terbeschikkingstelling, na afloop van één schooljaar, op verzoek omzetten in de vorm van halftijdse terbeschikkingstelling vermeld in 2^o, voor zover betrokkene voldoet aan de voorwaarden vermeld in 2^o en op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

b) schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1^o, i), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

c) wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2^o gedurende hoogstens één schooljaar een aan de pensionering voorafgaande, halftijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10 van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover betrokkene voldoet aan de voorwaarden gesteld in artikel 10, § 1, eerste lid, van het voormelde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984. Een departementshoofd dat een beroep doet op die vorm van aan de pensionering voorafgaande, halftijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden, schakelt na afloop van één schooljaar van ambtswege over op de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1^o, i), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist.

In afwijking van § 1, tweede lid, 2^o, mag een departementshoofd dat uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, gedurende hoogstens twee schooljaren een deeltijdse loopbaanonderbreking ten belope van één vijfde van een voltijdse betrekking opnemen, voor zover betrokkene uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van de loopbaanonderbreking, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Dat verlof is onomkeerbaar. Een departementshoofd dat een beroep doet op die vorm van deeltijdse loopbaanonderbreking:

1^o kan die deeltijdse loopbaanonderbreking, na afloop van één schooljaar, op verzoek omzetten in een aan de pensionering voorafgaande, halftijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden vermeld in het derde lid, 2^o, voor zover betrokkene voldoet aan de voorwaarden vermeld in het derde lid, 2^o, en op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2^o schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1^o, i), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

3^o wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist."

Art. 28. In artikel 62.13, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 24 juni 2013 en vervangen bij het decreet van 18 juni 2018, worden de woorden "artikel 62.7, § 1 en 2," vervangen door de woorden "artikel 62.7, § 1, en § 2, eerste en tweede lid".

Art. 29. Artikel 62.31, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 20 juni 2016 en gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Artikel 62.7, § 2, derde en vierde lid, is alleen van toepassing op werkmeesters die dat ambt in het kader van een voltijds uurrooster bekleden."

Art. 30. In artikel 62.37, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 18 juni 2018 en gewijzigd bij het decreet van 22 juni 2020, worden de woorden "62.7, § 1, eerste lid, en § 2," vervangen door de woorden "62.7, § 1, eerste lid, en § 2, eerste lid,".

Art. 31. In artikel 62.43 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 6 mei 2019 en gewijzigd bij het decreet van 22 juni 2020, wordt het woord "62.8" vervangen door de woorden "62.6, 62.7, § 1 en § 2, eerste en tweede lid, 62.8".

Art. 32. In artikel 62.44, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 22 juni 2020 en gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de woorden "62.7, § 1, eerste lid, en § 2," vervangen door de woorden "62.7, § 1, eerste lid, en § 2, eerste lid,".

Art. 33. . — In artikel 62.49, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de woorden "62.7, § 1, eerste lid, en § 2" vervangen door de woorden "62.7, § 1, eerste lid, en § 2, eerste lid,".

Art. 34. In titel I van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2022, wordt een hoofdstuk IV*terdecies* ingevoegd, dat de artikelen 62.53 en 62.54 bevat, luidende:

"Hoofdstuk IV*terdecies*. — *Bijzondere bepalingen voor adjunct-directeurs van een autonome lagere school*"

Art. 35. In hoofdstuk IV*terdecies* van hetzelfde decreet wordt een artikel 62.53 ingevoegd, luidende:

"Art. 62.53. — *Principe*

In afwijking van hoofdstuk IV wordt het ambt van adjunct-directeur van een autonome lagere school uitsluitend toegewezen in de vorm van een aanstelling en een vaste benoeming, overeenkomstig de onderstaande bepalingen.

De artikelen 62.3 tot 62.8 en 62.10 tot 62.12 zijn van toepassing op het ambt van adjunct-directeur van een autonome lagere school."

Art. 36. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 62.54 ingevoegd, luidende:

"Art. 62.54. — *Wedde en premie*

§ 1. -Tijdens de aanstelling als adjunct-directeur van een autonome lagere school ontvangt het personeelslid een wedde op basis van de weddeschaal 422 vermeld in de bijlage van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgesteld de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch en psychosociaal personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen en aan

de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat.

§ 2. -Wordt een persoon die in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs in een ander ambt voor doorlopende duur aangesteld of vast benoemd is, als adjunct-directeur van een autonome lagere school aangewezen, dan ontvangt hij, in afwijking van § 1, verder zijn wedde, evenals, ter compensatie, een maandelijks premie die als volgt wordt berekend:

$$P = X - M$$

P = de premie

X = de in § 1 bedoelde wedde

M = de maandelijks brutowedde van het personeelslid.

De premie wordt gelijktijdig met de maandelijks wedde en onder dezelfde voorwaarden uitbetaald.

§ 3. - Wordt een persoon die niet in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs in een ander ambt voor doorlopende duur aangesteld of vast benoemd is, als adjunct-directeur van een autonome lagere school aangewezen, dan ontvangt hij vakantiegeld en een eindejaarspremie overeenkomstig de bepalingen die in het onderwijs gelden, waarbij het in § 1 vermeld bedrag als berekeningsbasis dient.

§ 4. - Het bedrag dat met toepassing van de §§ 1 en 2 wordt berekend, is gekoppeld aan de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen, overeenkomstig de wet van 1 maart 1977 houdende inrichting van een stelsel waarbij sommige uitgaven in de overheidssector aan het indexcijfer van de consumptieprijzen van het Rijk worden gekoppeld, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 178 van 30 december 1982, het koninklijk besluit van 24 december 1993 en de wetten van 2 januari 2001 en 19 juli 2001.

In geval van verlof wegens ziekte of gebrekkigheid, tijdens een bevallingsverlof en tijdens de afwezigheden in het kader van een geboorte vermeld in de artikelen 42 tot 43bis van de Arbeidswet van 16 maart 1971 wordt de premie vermeld in § 2 verder uitbetaald, voor zover de adjunct-directeur van een autonome lagere school niet door het ziekenfonds wordt vergoed."

Art. 37. In titel I van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2022, wordt een hoofdstuk IV *quaterdecies* ingevoegd, dat artikel 62.55 bevat, luidende:

"Hoofdstuk IV *quaterdecies*. — *Bijzondere bepalingen voor adjunct-directeurs van een kunstacademie*"

Art. 38. In hoofdstuk IV *quaterdecies* van hetzelfde decreet wordt een artikel 62.55 ingevoegd, luidende:

"Art. 62.55. — *Principe*

In afwijking van hoofdstuk IV wordt het ambt van adjunct-directeur van een kunstacademie toegewezen in de vorm van een aanstelling en in de vorm van een vaste benoeming, overeenkomstig de voorwaarden die gelden in het gesubsidieerd officieel onderwijs."

Art. 39. In artikel 69.6 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 1°,), wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° § 1, tweede lid, 1°, wordt aangevuld met de bepalingen onder o) en p), luidende:

"o) verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte;

p) afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid."

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "eerste lid, 1°," vervangen door de woorden "tweede lid, 1°,";

4° paragraaf 2 wordt aangevuld met een derde en vierde lid, luidende:

"In afwijking van § 1, tweede lid, 1°, mag een definitief aangesteld inrichtingshoofd dat uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, gedurende hoogstens twee schooljaren een beroep doen op een aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10bis van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover betrokkene, zonder afbreuk te doen aan artikel 10bis, § 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984, uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van terbeschikkingstelling, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Bij het schoolhoofd van een basisschool dat met toepassing van artikel 42, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs niet helemaal is vrijgesteld van het lesgeven, heeft de verlofvorm betrekking op zijn activiteit als lesgever. Dat verlof is onomkeerbaar. Een inrichtingshoofd dat gebruik maakt van die vorm van aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden:

1° schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, i), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist.

In afwijking van § 1, tweede lid, 2°, mag een inrichtingshoofd dat uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, gedurende hoogstens twee schooljaren een deeltijdse loopbaanonderbreking ten belope van één vijfde van een voltijdse betrekking opnemen, voor zover betrokkene uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van de loopbaanonderbreking, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Bij het schoolhoofd van een basisschool dat met toepassing van artikel 42, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs niet helemaal is vrijgesteld van het lesgeven, heeft de verlofvorm betrekking op zijn activiteit als lesgever. Dat verlof is onomkeerbaar. Een inrichtingshoofd dat een beroep doet op die vorm van deeltijdse loopbaanonderbreking:

1° schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, i), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist."

Art. 40. Artikel 69.7, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2021, wordt vervangen als volgt:

“Als de titularis op grond van een verlofvorm tijdelijk deeltijds afwezig is, kan de inrichtende macht hem als volgt tijdelijk vervangen:

1° als het gaat om het schoolhoofd van een basisschool dat met toepassing van artikel 42, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs volledig vrijgesteld is van het lesgeven, geschiedt de vervanging in het ambt van adjunct-directeur van een autonome lagere school door een persoon die voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 62.3, eerste lid, met uitzondering van de bepaling onder 3°;

2° als het gaat om het schoolhoofd van een basisschool dat met toepassing van artikel 42, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs niet helemaal is vrijgesteld van het lesgeven, geschiedt de vervanging in het ambt van onderwijzer voor het lager onderwijs;

3° als het gaat om het inrichtingshoofd van een secundaire school, geschiedt de vervanging in het ambt van onderdirecteur door een persoon die voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 62.3, eerste lid, met uitzondering van de bepaling onder 3°;

4° als het gaat om een internaatbeheerder, geschiedt de vervanging in het ambt van studiemeester-opvoeder in een internaat.”

Art. 41. In artikel 75, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor het Duits);

2° de bepaling onder 1° wordt aangevuld met een puntkomma;

3° in de bepaling onder 3° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

4° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

“4° afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid.”

HOOFDSTUK 10. — *Wijziging van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003*

Art. 42. Artikel 11.11, tweede lid, van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003, ingevoegd bij het decreet van 16 juli 2012, wordt vervangen als volgt:

“Als een tijdelijk aangesteld of aangeworven personeelslid dat wegens ziekte of gebrekkigheid afwezig is, met toepassing van dit hoofdstuk over minder dan één volledige verlofdag beschikt, valt betrokkene ten laste van het ziekenfonds tot de dag waarop hij het werk volledig hervat.”

Art. 43. In artikel 11.13, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 16 juli 2012, worden de woorden “alle verlofdagen waarop het volgens dit hoofdstuk aanspraak kan maken heeft opgenomen” vervangen door de woorden “dat met toepassing van dit hoofdstuk over minder dan één volledige verlofdag beschikt”.

Art. 44. Artikel 11.18, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 24 juni 2013, wordt aangevuld met een tweede zin, luidende:

“Dit hoofdstuk is ook van toepassing op de personeelsleden vermeld in artikel 11.1 die tijdelijk aangesteld of aangeworven zijn en over minstens dertig ziektedagen beschikken.”

Art. 45. In artikel 11.19 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 24 juni 2013 en gewijzigd bij het decreet van 22 juni 2020, wordt tussen het vierde lid en het vijfde lid, dat het zesde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

“Onverminderd het vorige lid eindigt de re-integratie bij tijdelijk aangestelde of aangeworven personeelsleden, zodra het personeelslid over minder dan één volledige ziektedag beschikt.”

Art. 46. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2022, wordt een hoofdstuk III.3 ingevoegd, dat de artikelen 11.20 en 11.21 bevat, luidende:

“Hoofdstuk III.3. — *Verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte*”

Art. 47. In hoofdstuk III.3 van hetzelfde decreet wordt een artikel 11.20 ingevoegd, luidende:

“Art. 11.20. — Dit hoofdstuk is van toepassing op de personeelsleden vermeld in artikel 11.1 die voor meer dan de helft van een voltijds uurrooster vastbenoemd of definitief aangesteld, dan wel tijdelijk aangewezen of tijdelijk aangesteld zijn.

Voor de toepassing van dit hoofdstuk wordt onder controlearts verstaan: de arts bevoegd met toepassing van artikel 3 van het decreet van 5 februari 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte voor de personeelsleden van de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde onderwijsinrichtingen en PMS-Centra.”

Art. 48. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 11.21 ingevoegd, luidende:

“Art. 11.21. § 1. Een personeelslid dat tijdens een ononderbroken periode van minstens 42 kalenderdagen wegens ziekte of gebrekkigheid afwezig is geweest en over minstens dertig ziektedagen beschikt, kan het werk op eigen verzoek deeltijds hervatten, voor zover het daartoe een attest van de behandelende arts en een door de behandelende arts opgesteld re-integratieplan bezorgt aan de controlearts en voor zover zowel de controlearts als de werkgever met de professionele re-integratie instemmen. Als de controlearts en/of de inrichtende macht het verzoek weigert, wordt de weigeringsbeslissing gemotiveerd.

Het re-integratieplan bevat op zijn minst de volgende elementen:

1° het percentage van het aantal uren per week dat het personeelslid tijdens de re-integratieperiode moet werken;

2° de begindatum en einddatum van de respectieve re-integratieperiode;

3° de datum waarop het personeelslid vermoedelijk weer in staat is om zijn werkzaamheden volledig te hervatten.

§ 2. Tijdens de re-integratie werkt het personeelslid minstens de helft van een voltijds uurrooster. Indien de breuk van de vermindering geen geheel getal is, wordt het getal naar boven afgerond tot het volgende gehele getal voor personeelsleden van de categorie van het onderwijzend personeel, met uitzondering van de pedagogen voor specifieke onderwijsbehoeften in het gewoon basisonderwijs en met uitzondering van het onderwijzend personeel dat is aangesteld in de autonome hogeschool.

De re-integratieperiode bedraagt minstens één maand en hoogstens drie maanden. Op voorstel van de behandelende arts en met instemming van de controlearts en de inrichtende macht kan de re-integratieperiode zo vaak als gewenst worden verlengd met nieuwe perioden van telkens ten hoogste drie maanden, voor zover het personeelslid over voldoende ziekteperioden beschikt om die perioden overeenkomstig § 3, tweede lid, te overbruggen. Elke wijziging van het percentage van het door het personeelslid te werken aantal uren per week geschiedt op voorstel van de behandelende arts bij het begin van een verlenging van de re-integratieperiode.

§ 3. Het personeelslid dat het werk met toepassing van § 1, eerste lid, deeltijds hervat, bevindt zich voor de niet-gewerkte uren in verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte. Het verlof wordt bezoldigd en wordt gelijkgesteld met een periode van dienstactiviteit.

Tijdens het verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte wordt per kalenderdag één kwart van een ziekteperiode afgetrokken van het ziektekapitaal van het personeelslid dat minstens 75% van een voltijds uurrooster werkt. Bij een personeelslid dat tijdens het verlof minder dan 75% van een voltijds uurrooster werkt, wordt per kalenderdag een halve ziekteperiode van zijn ziektekapitaal afgetrokken.

Als het gaat om een personeelslid dat dit verlof met instemming van de administratieve gezondheidsdienst opneemt naar aanleiding van een arbeidsongeval, een ongeval van en naar het werk of een beroepsziekte, dan worden, in afwijking van het tweede lid, geen ziekteperioden afgetrokken tijdens het verlof.

§ 4. - De re-integratie kan op initiatief van het personeelslid, de behandelende arts of de controlearts voortijdig worden stopgezet.

Het verlof eindigt van ambtswege in de volgende gevallen:

1° indien het personeelslid met toepassing van artikel 11.11 ten laste van het ziekenfonds valt of met toepassing van artikel 11.13 wegens ziekte of gebrekkigheid ter beschikking wordt gesteld;

2° indien de controlearts en/of de inrichtende macht de overeenkomstig § 2, tweede lid, gevraagde verlenging van de re-integratieperiode niet toestaat;

3° indien de tijdelijke aanwerving of aanstelling van het personeelslid eindigt of de vaste benoeming of definitieve aanstelling van het personeelslid wordt beëindigd."

Art. 49. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2022, wordt een hoofdstuk III.4 ingevoegd, dat de artikelen 11.22 en 11.23 bevat, luidende:

"Hoofdstuk III.4. - Afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid"

Art. 50. In hoofdstuk III.4 van hetzelfde decreet wordt een artikel 11.22 ingevoegd, luidende:

"Art. 11.22. - Dit hoofdstuk is van toepassing op de personeelsleden vermeld in artikel 11.1 die tijdelijk aangesteld of aangeworven zijn."

Art. 51. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 11.23 ingevoegd, luidende:

"Art. 11.23. Een tijdelijk aangesteld of aangeworven personeelslid dat wegens ziekte of gebrekkigheid afwezig is en dat met toepassing van artikel 11.11, tweede lid, ten laste van het ziekenfonds valt, kan het werk op eigen verzoek en met toestemming van de vertrouwensarts van het ziekenfonds deeltijds hervatten, op voorwaarde dat het personeelslid de door de vertrouwensarts afgegeven toestemming, waarin het percentage van het door het personeelslid te werken aantal uren en de begin- en einddatum van het deeltijdwerk worden vermeld, indient bij de inrichtende macht en op voorwaarde dat de inrichtende macht instemt met de deeltijdse werkhervatting. Het deeltijdwerk kan met toestemming van de vertrouwensarts en met instemming van de inrichtende macht worden verlengd.

Het personeelslid dat het werk met toepassing van het eerste lid deeltijds hervat, bevindt zich voor de niet-gewerkte uren in afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid. De afwezigheid wordt niet bezoldigd en wordt als non-activiteit beschouwd.

De afwezigheid eindigt van ambtswege wanneer de tijdelijke aanstelling of aanwerving van het personeelslid eindigt."

Art. 52. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2022, wordt een hoofdstuk III.5 ingevoegd, dat de artikelen 11.24 tot 11.30 bevat, luidende:

"Hoofdstuk III.5. - Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens"

Art. 53. In hoofdstuk III.5 van hetzelfde decreet wordt een artikel 11.24 ingevoegd, luidende:

"Art. 11.24. - Met behoud van de toepassing van andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de Regering en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen."

Art. 54. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 11.25 ingevoegd, luidende:

"Art. 11.25. - Met behoud van de toepassing van artikel 11.26 geldt de Regering voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 11.27 als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Verordening 2016/679 van 27 april 2016 van het Europees Parlement en de Raad betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG.

De Regering verwerkt persoonsgegevens met het oog op de uitvoering van de taken die in dit decreet worden vermeld. Zij mag de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van die decretale opdrachten gebruiken.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake gegevensbescherming."

Art. 55. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 11.26 ingevoegd, luidende:

"Art. 11.26. De verwerking van gegevens over de gezondheid van de betrokken personen geschiedt onder de verantwoordelijkheid van de controlearts die bevoegd is met toepassing van artikel 3 van het decreet van 5 februari 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte voor de personeelsleden van de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde onderwijsinrichtingen en PMS-centra."

Art. 56. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 11.27 ingevoegd, luidende:

"Art. 11.27. - Voor de uitvoering van hun opdrachten overeenkomstig artikel 11.25, tweede lid, kunnen de Regering en de andere personen die bij de uitvoering van dit decreet betrokken zijn, persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verwerken:

- 1° identiteitsgegevens, geboortedatum en contactgegevens;
- 2° gegevens over de arbeidsverhouding en de wedde;
- 3° gezondheidsgegevens.

De Regering kan de gegevenscategorieën specificeren."

Art. 57. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 11.28 ingevoegd, luidende:

"Art. 11.28. - Met behoud van de toepassing van andere wettelijke, decretales of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaartermijn voorzien, worden de gegevens vermeld in artikel 11.27 tot hoogstens tien jaar na de ambtsneerlegging bewaard."

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd."

Art. 58. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 11.29 ingevoegd, luidende:

"Art. 11.29. - Voor analyses en statistieken maakt de Regering gebruik van anonieme gegevens."

Art. 59. In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 11.30 ingevoegd, luidende:

"Art. 11.30 - De Regering legt de nodige veiligheidsmaatregelen vast voor de in dit hoofdstuk bedoelde verwerking van persoonsgegevens."

HOOFDSTUK 11. — *Wijziging van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra*

Art. 60. In artikel 56.6 van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra, ingevoegd bij het decreet van 23 maart 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 1°, *m*), wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° § 1, tweede lid, 1°, wordt aangevuld met de bepalingen onder *n*) en *o*), luidende:

"n) verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte;

o) afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid."

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "eerste lid, 1°," vervangen door de woorden "tweede lid, 1°,";

4° paragraaf 2 wordt aangevuld met een derde en vierde lid, luidende:

"In afwijking van § 1, tweede lid, 1°, mag een definitief aangestelde administratief hoofdsecretaris die uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, een beroep doen op volgende vormen van terbeschikkingstelling:

1° gedurende hoogstens twee schooljaren een aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10*bis* van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover betrokkene, zonder afbreuk te doen aan artikel 10*bis*, § 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984, uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van terbeschikkingstelling, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Dat verlof is onomkeerbaar. Een administratief hoofdsecretaris die gebruik maakt van die vorm van aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden:

a) kan die vorm van deeltijdse terbeschikkingstelling, na afloop van één schooljaar, op verzoek omzetten in de vorm van halftijdse terbeschikkingstelling vermeld in 2°, voor zover betrokkene voldoet aan de voorwaarden vermeld in 2° en op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

b) schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, *i*), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

c) wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° gedurende hoogstens één schooljaar een aan de pensionering voorafgaande, halftijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10 van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover betrokkene voldoet aan de voorwaarden gesteld in artikel 10, § 1, eerste lid, van het voormelde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984. Een administratief hoofdsecretaris die een beroep doet op die vorm van aan de pensionering voorafgaande, halftijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden, schakelt na afloop van één schooljaar van ambtswege over op de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, *i*), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist.

In afwijking van § 1, tweede lid, 2°, mag een administratief hoofdsecretaris die uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, gedurende hoogstens twee schooljaren een deeltijdse loopbaanonderbreking ten belope van één vijfde van een voltijdse betrekking opnemen, voor zover betrokkene uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van de loopbaanonderbreking, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Dat verlof is onomkeerbaar. Een administratief hoofdsecretaris die een beroep doet op die vorm van deeltijdse loopbaanonderbreking:

1° kan die deeltijdse loopbaanonderbreking, na afloop van één schooljaar, op verzoek omzetten in een aan de pensionering voorafgaande, halftijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden vermeld in het derde lid, 2°, voor zover betrokkene voldoet aan de voorwaarden vermeld in het derde lid, 2°, en op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, i), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

3° wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist."

Art. 61. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2022, wordt een hoofdstuk IV *quaterdecies* ingevoegd, dat artikel 56.23 bevat, luidende:

"Hoofdstuk IV *quaterdecies*. - *Bijzondere bepalingen voor adjunct-directeurs van een autonome lagere school*"

Art. 62. In hoofdstuk IV *quaterdecies* van hetzelfde decreet wordt een artikel 56.23 ingevoegd, luidende:

"Art. 56.23. - In afwijking van hoofdstuk IV wordt het ambt van adjunct-directeur van een autonome lagere school uitsluitend toegewezen in de vorm van een aanstelling en in de vorm van een vaste benoeming, overeenkomstig de bepalingen die gelden in het gesubsidieerd vrij onderwijs."

Art. 63. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2022, wordt een hoofdstuk IV *quinquiesdecies* ingevoegd, dat de artikelen 56.24 en 56.25 bevat, luidende:

"Hoofdstuk IV *quinquiesdecies*. — *Bijzondere bepalingen voor adjunct-directeurs van een kunstacademie*"

Art. 64. In hoofdstuk IV *quinquiesdecies* van hetzelfde decreet wordt een artikel 56.24 ingevoegd, luidende:

"Art. 56.24. — *Principe*

In afwijking van hoofdstuk IV zijn de artikelen 56.2 tot 56.7 en 56.9 tot 56.11 van toepassing op het ambt van adjunct-directeur van een kunstacademie."

Art. 65. In hetzelfde hoofdstuk IV *quinquiesdecies* wordt een artikel 56.25 ingevoegd, luidende:

"Art. 56.25. — *Wedde en premie*

§ 1. Tijdens de uitoefening van het ambt van adjunct-directeur van een kunstacademie ontvangt het personeelslid een wedde op basis van de weddeschaal 422/I vermeld in de bijlage van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgesteld de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch en psychosociaal personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat, verhoogd met een maandelijkse premie van 400 euro.

In geval van deeltijdse prestaties wordt het bedrag van de premie dat in het eerste lid wordt vermeld, evenredig verminderd.

§ 2. Wordt een persoon die in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs in een ander ambt voor doorlopende duur overeenkomstig artikel 22*bis* aangesteld of vast benoemd is, als adjunct-directeur van een kunstacademie aangewezen, dan ontvangt hij, in afwijking van § 1, verder zijn wedde, evenals, ter compensatie, een maandelijkse premie die als volgt wordt berekend:

$$P = X - M$$

P = de premie

X = de in § 1 bedoelde wedde

M = de maandelijkse brutowedde van het personeelslid.

De premie wordt gelijktijdig met de maandelijkse wedde en onder dezelfde voorwaarden uitbetaald.

§ 3. - Wordt een persoon die niet in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs in een ander ambt voor doorlopende duur aangesteld of vast benoemd is, als adjunct-directeur van een kunstacademie aangewezen, dan ontvangt hij vakantiegeld en een eindejaarspremie overeenkomstig de bepalingen die in het onderwijs gelden, waarbij het in § 1 vermelde bedrag als berekeningsbasis dient.

§ 4. - Het bedrag dat met toepassing van de § 1 en 2 wordt berekend, is gekoppeld aan de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen, overeenkomstig de wet van 1 maart 1977 houdende inrichting van een stelsel waarbij sommige uitgaven in de overheidssector aan het indexcijfer van de consumptieprijzen van het Rijk worden gekoppeld, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 178 van 30 december 1982, het koninklijk besluit van 24 december 1993 en de wetten van 2 januari 2001 en 19 juli 2001.

In geval van verlof wegens ziekte of gebrekkigheid, tijdens een bevallingsverlof en tijdens de afwezigheden in het kader van een geboorte vermeld in de artikelen 42 tot 43*bis* van de Arbeidswet van 16 maart 1971 wordt de premie vermeld in § 2 verder uitbetaald, voor zover de onderdirecteur of provisor niet door het ziekenfonds wordt vergoed."

Art. 66. - In artikel 64.6 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 23 maart 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 1°,), wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° § 1, tweede lid, 1°, wordt aangevuld met de bepalingen onder o) en p), luidende:

"o) verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte;

p) afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid."

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "eerste lid, 1°," vervangen door de woorden "tweede lid, 1°,";

4° paragraaf 2 wordt aangevuld met een derde en vierde lid, luidende:

"In afwijking van § 1, tweede lid, 1°, mag een vast benoemde directeur van een kunstacademie die uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, gedurende hoogstens twee schooljaren een beroep doen op een aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10*bis* van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover betrokkene, zonder afbreuk te doen aan artikel 10*bis*, § 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984, uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van terbeschikkingstelling, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Dat verlof is

onomkeerbaar. Een directeur van een kunstacademie die gebruik maakt van die vorm van aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden:

1° schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, *i*), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist.

In afwijking van § 1, tweede lid, 2°, mag een directeur van een kunstacademie die uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, gedurende hoogstens twee schooljaren een deeltijdse loopbaanonderbreking ten belope van één vijfde van een voltijdse betrekking opnemen, voor zover betrokkene uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van de loopbaanonderbreking, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Dat verlof is onomkeerbaar. Een directeur van een kunstacademie die een beroep doet op die vorm van deeltijdse loopbaanonderbreking:

1° schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, *i*), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist."

Art. 67. Artikel 64.7, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2021, wordt vervangen als volgt:

"Indien de directeur van een kunstacademie wegens een vorm van verlof tijdelijk deeltijds afwezig is, kan de inrichtende macht hem in het ambt van adjunct-directeur van een kunstacademie vervangen door een persoon die voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 56.2, eerste lid, met uitzondering van de bepaling onder 3°."

Art. 68. - In artikel 64.17 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2010 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 1°, *)*, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° § 1, tweede lid, 1°, wordt aangevuld met de bepalingen onder *o*) en *p*), luidende:

"o) verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte;

p) afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid."

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden "eerste lid, 1°," vervangen door de woorden "tweede lid, 1°,";

4° paragraaf 2 wordt aangevuld met een derde en vierde lid, luidende:

"In afwijking van § 1, tweede lid, 1°, mag een vastbenoemd inrichtingshoofd dat uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, gedurende hoogstens twee schooljaren een beroep doen op een aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10*bis* van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover betrokkene, zonder afbreuk te doen aan artikel 10*bis*, § 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984, uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van terbeschikkingstelling, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Bij het schoolhoofd van een basisschool dat met toepassing van artikel 42, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs niet helemaal is vrijgesteld van het lesgeven, heeft de verlofvorm betrekking op zijn activiteit als lesgever. Dat verlof is onomkeerbaar. Een inrichtingshoofd dat gebruik maakt van die vorm van aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden:

1° schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, *i*), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist.

In afwijking van § 1, tweede lid, 2°, mag een inrichtingshoofd dat uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt, gedurende hoogstens twee schooljaren een deeltijdse loopbaanonderbreking ten belope van één vijfde van een voltijdse betrekking opnemen, voor zover betrokkene uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van de loopbaanonderbreking, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Bij het schoolhoofd van een basisschool dat met toepassing van artikel 42, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs niet helemaal is vrijgesteld van het lesgeven, heeft de verlofvorm betrekking op zijn activiteit als lesgever. Dat verlof is onomkeerbaar. Een inrichtingshoofd dat een beroep doet op die vorm van deeltijdse loopbaanonderbreking:

1° schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in § 1, tweede lid, 1°, *i*), voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist."

Art. 69. Artikel 64.18, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2021, wordt vervangen als volgt:

"Als de titularis op grond van een verlofvorm tijdelijk deeltijds afwezig is, kan de inrichtende macht hem als volgt tijdelijk vervangen:

1° als het gaat om het schoolhoofd van een basisschool dat met toepassing van artikel 42, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs volledig vrijgesteld is van het lesgeven, geschiedt de vervanging in het ambt van adjunct-directeur van een autonome lagere school door een persoon die voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 62.3, eerste lid, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum, met uitzondering van de bepaling onder 3°;

2° als het gaat om het schoolhoofd van een basisschool dat met toepassing van artikel 42, § 1, van het decreet van 16 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs niet helemaal is vrijgesteld van het lesgeven, geschiedt de vervanging in het ambt van onderwijzer voor het lager onderwijs;

3° als het gaat om het inrichtingshoofd van een secundaire school, geschiedt de vervanging in het ambt van onderdirecteur door een persoon die voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 62.3, eerste lid, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum, met uitzondering van de bepaling onder 3°;

4° als het gaat om een internaatbeheerder, geschiedt de vervanging in het ambt van studiemeester-opvoeder in een internaat."

Art. 70. In artikel 73, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de inleidende zin wordt aangevuld met een dubbele punt;

2° (geldt alleen voor het Duits);

3° in de bepaling onder 3° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

4° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° een afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid."

HOOFDSTUK 12. — *Wijziging van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool*

Art. 71. In artikel 5.46, eerste lid, van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de inleidende zin wordt aangevuld met een dubbele punt en in de bepaling onder 3° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid."

Art. 72. In artikel 5.92, 1°, van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder *n*) wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° de bepaling onder 1° wordt aangevuld met de bepalingen onder *o*) en *p*), luidende:

"*o*) verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte;

p) afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid."

Art. 73. In artikel 5.98, derde lid, 1°, van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder *n*) wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° de bepaling onder 1° wordt aangevuld met de bepalingen onder *o*) en *p*), luidende:

"*o*) verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte;

p) afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid."

Art. 74. In artikel 5.99, § 1, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 27 juni 2011, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het enige lid wordt het woord "afwezig" vervangen door de woorden "voltijds afwezig";

2° paragraaf 1 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Indien de directeur wegens een vorm van verlof tijdelijk deeltijds afwezig is, kan de inrichtende macht hem in het ambt van adjunct vervangen door een persoon die voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 5.105.1, met uitzondering van de bepaling onder 4°."

HOOFDSTUK 13. — *Wijziging van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep*

Art. 75. In artikel 111.3, § 1, derde lid, 4°, van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep, ingevoegd bij het decreet van 19 april 2010, wordt de punt in de bepaling onder *b*) opgeheven en voorts wordt artikel 111.3, § 1, derde lid, 4°, van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep, ingevoegd bij het decreet van 19 april 2010, aangevuld met een bepaling onder *c*), luidende:

"*c*) 85% vanaf 2024."

HOOFDSTUK 14. — *Wijziging van het decreet van 23 maart 2009 betreffende de organisatie van het deeltijdse kunstonderwijs*

Art. 76. Artikel 74 van het decreet van 23 maart 2009 betreffende de organisatie van het deeltijdse kunstonderwijs wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De opdracht van een adjunct-directeur van een kunstacademie stemt overeen met de opdracht vermeld in het eerste lid en omvat de taken die de directeur van de kunstacademie aan wie hij ter ondersteuning is toegevoegd, hem opdraagt."

HOOFDSTUK 15. — *Wijziging van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie, het adviespunt voor schoolontwikkeling en het adviespunt voor inclusie en integratie in het onderwijs*

Art. 77. In artikel 22 van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie, het adviespunt voor schoolontwikkeling en het adviespunt voor inclusie en integratie in het onderwijs, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 17°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° het eerste lid wordt aangevuld met de bepalingen onder 18° tot 20°, luidende:

"18° verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte;

19° afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid;

20° gedurende hoogstens twee schooljaren een aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10bis van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover het personeelslid, zonder afbreuk te doen aan artikel 10bis, § 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984, uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt en uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van terbeschikkingstelling, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Dat verlof is onomkeerbaar. Een personeelslid dat gebruik maakt van die vorm van aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden:

a) schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in 9°, voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

b) wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist."

3° in het tweede lid wordt het getal "17" vervangen door het getal "20";

4° het artikel wordt aangevuld met een achtste lid, luidende:

"In afwijking van het derde lid mogen het hoofd, de onderwijsinspecteur, de adviseur voor schoolontwikkeling en de adjunct gedurende hoogstens twee schooljaren een deeltijdse loopbaanonderbreking ten belope van één vijfde van een voltijdse betrekking opnemen, voor zover betrokkene uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt en uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van de loopbaanonderbreking, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Dat verlof is onomkeerbaar. Een hoofd, onderwijsinspecteur, adviseur voor schoolontwikkeling of adjunct die een beroep doet op die vorm van deeltijdse loopbaanonderbreking:

1° schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in 9°, voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist."

HOOFDSTUK 16. — *Wijziging van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren*

Art. 78. In artikel 6.52, eerste lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 3° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid."

Art. 79. In artikel 6.84, § 2, van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 17°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° het eerste lid wordt aangevuld met bepalingen onder 18° tot 21°, luidende:

"18° verlof voor verminderde prestaties met het oog op professionele re-integratie na langdurige ziekte;

19° afwezigheid op grond van verminderde prestaties wegens ziekte of gebrekkigheid;

20° gedurende hoogstens twee schooljaren een aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10bis van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover de coördinator of het hoofd van de lokale vestiging, zonder afbreuk te doen aan artikel 10bis, § 1, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984, uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt en uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van terbeschikkingstelling, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Dat verlof is onomkeerbaar. Een coördinator die of hoofd van een lokale vestiging dat gebruik maakt van die vorm van aan de pensionering voorafgaande, deeltijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden:

a) kan die vorm van deeltijdse terbeschikkingstelling, na afloop van één schooljaar, op verzoek omzetten in de vorm van halftijdse terbeschikkingstelling vermeld in 21°, voor zover betrokkene voldoet aan de voorwaarden vermeld in 21° en op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

b) schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in 9°, voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

c) wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

21° gedurende hoogstens één schooljaar een aan de pensionering voorafgaande, halftijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden overeenkomstig artikel 10 van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, voor zover betrokkene voldoet aan de voorwaarden gesteld in artikel 10, § 1, eerste lid, van het voormelde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984. Een coördinator die of een hoofd van een lokale vestiging dat een beroep doet op die vorm van aan de pensionering voorafgaande, halftijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden, schakelt na afloop van één schooljaar van ambtswege over op de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in 9°, voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist."

3° in het tweede lid wordt het getal "17" vervangen door het getal "20" en voorts wordt het tweede lid aangevuld met de volgende zin:

"De directeur kan geen aanspraak maken op de in 20°, a), vermelde overstap naar de in 21° vermelde halftijdse terbeschikkingstelling."

4° het artikel wordt aangevuld met een zevende lid, luidende:

"In afwijking van het derde lid mogen een directeur, coördinator of hoofd van een lokale vestiging gedurende hoogstens twee schooljaren een deeltijdse loopbaanonderbreking ten belope van één vijfde van een voltijdse betrekking opnemen, voor zover betrokkene uiterlijk op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste 58 jaar bereikt en uiterlijk binnen 52 maanden, te rekenen vanaf de dag na de eerste dag van de loopbaanonderbreking, aanspraak kan maken op een rustpensioen ten laste van de schatkist. Dat verlof is onomkeerbaar. Een coördinator die of hoofd van een lokale vestiging dat gebruik maakt van deze vorm van deeltijdse loopbaanonderbreking kan die loopbaanonderbreking, na afloop van één schooljaar, op verzoek omzetten in de vorm van halftijdse terbeschikkingstelling vermeld in het eerste lid, 21°, voor zover betrokkene voldoet aan de voorwaarden vermeld in het eerste lid, 21°, en op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist. Een directeur die, coördinator die of hoofd van een lokale vestiging dat een beroep doet op die vorm van deeltijdse loopbaanonderbreking:

1° schakelt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege over naar de vorm van voltijdse terbeschikkingstelling vermeld in 9°, voor zover betrokkene op dat tijdstip nog geen aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist;

2° wordt, uiterlijk na afloop van twee schooljaren, van ambtswege gepensioneerd, voor zover betrokkene op dat tijdstip aanspraak kan maken op een pensioen ten laste van de schatkist."

Art. 80. In artikel 6.85, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 26 februari 2018 en 18 juni 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het woord "afwezig" vervangen door de woorden "voltijds afwezig";

2° paragraaf 1 wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Als de directeur op grond van een verlofvorm tijdelijk deeltijds afwezig is, kan de inrichtende macht hem in het ambt van adjunct vervangen."

HOOFDSTUK 17. — *Inwerkingtreding*

Art. 81. Dit decreet treedt in werking op 1 september 2023, met uitzondering van artikel 75, dat in werking treedt op 1 januari 2024.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 24 april 2023.

O. PAASCH,

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Parlementaire stukken: 256 (2022-2023) Nr. 1 Ontwerp van decreet

256 (2022-2023) Nr. 2 Verslag

256 (2022-2023) Nr. 3 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 24 april 2023. - Nr. 57 Bespreking en stemming

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2023/204748]

22. MAI 2023 — Dekret zur Förderung des Journalismus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Zielsetzung

Das vorliegende Dekret hat zum Ziel, den Anbietern von Mediendiensten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Möglichkeit zur Weiterentwicklung ihrer journalistischen Fähigkeiten sowie zur Umsetzung journalistischer Projekte zu bieten.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.